



- 3 Abschied von der Übersichtlichkeit!
Vom Verlust vermeintlicher Eindeutigkeiten im aktuellen
erinnerungspolitischen Diskurs – Eine Replik auf Jörg Skriebeleit
Heidi Behrens und Petra Haustein

- 12 Dauerausstellung zum
nationalsozialistischen Völkermord an den Sinti und Roma
im Staatlichen Museum Auschwitz
Silvio Peritore und Frank Reuter

- 22 Bürgerschaftliches Engagement verhindert
rechtsextreme Demonstration in Wewelsburg und Paderborn
Sonja Büttner und Günter Bitterberg

- 28 Stellungnahme zu den Vorfällen vom
24./25. 2. 2002 in Wöbbelin, Boizenburg und Schwerin –
mögliche politischen Schlussfolgerungen
Matthias Pfüller

- 32 »Geschichte der NS-Zeit vor Ort.
Konferenz anlässlich des 100. Geburtstages Aurel Billstein«
Ingrid Schupetta

- 35 Veranstaltungshinweise

Literaturhinweise

- 40 Unverzichtbar
25. Band von »Justiz und NS-Verbrechen«
Heiner Lichtenstein

- 42 Beiträge zur Geschichte der
nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland
Karin Olfemann

- 43 Das Massaker von Gardelegen
Ein Film von Claus-Ivar Bolbrinker und Diana Gring
Claus Ivar Bolbrinker

- 44 Weitere Literaturhinweise

Titelfoto: Die neue Dauerausstellung zum nationalsozialistischen Völkermord an den Sinti und Roma im Staatlichen Museum Auschwitz:
Der Gedenkraum am Ende des Ausstellungsrundgangs. In einer steinernen Stele sieht der Besucher den Dokumentarfilm über die Mulfinger Sinti-Kinder. Lassen Photographie, Heidelberg. Siehe hierzu auch den Beitrag von Silvio Peritore und Frank Reuter in diesem Rundbrief.

Abschied von der Übersichtlichkeit!

VOM VERLUST VERMEINTLICHER EINDEUTIGKEITEN
IM AKTUELLEN ERINNERUNGSPOLITISCHEN DISKURS
EINE REPLIK AUF JÖRG SKRIEBELEIT

Heidi Behrens und Petra Haustein

Offenbar gehört es zu den Eigenschaften von Geschichte, Eindeutigkeiten, eisern geglaubte Wahrheiten in Frage zu stellen und unerwartete Unübersichtlichkeit zu erzeugen. In der Vergangenheit ließ sich immer wieder feststellen, dass weder Versuche der Instrumentalisierung noch Versuche der Vermeidung politisch nicht opportun erscheinender Diskurse langfristig erfolgreich waren.

Die »neue Unübersichtlichkeit« ist das Thema von Jörg Sriebeleits Aufsatz. Er versucht darin, die Diskussion über eine Neudefinition des Gedenkstättenbegriffs anzustoßen und knüpft an die im Jahr 2000 insbesondere im Anschluss an das 33. bundesweite Gedenkstättenseminar in Schwerin emotional geführte Debatte an¹. Die damalige Absicht, das Selbstverständnis von Gedenkstätten »zu Verfolgung und Widerstand in deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts« neu zu formulieren, ist bislang nicht umgesetzt worden². Jedoch hat der 100. GedenkstättenRundbrief im vergangenen Jahr mit seiner Bilanz implizit und explizit über den gegenwärtigen Standort der Gedenkstätten in der geschichts- und erinnerungspolitischen Diskussion reflektiert – wenn auch mit einer sehr starken Konzentration beziehungsweise Beschränkung auf den westdeutschen Blick³.

Für uns stellt sich die Frage, weshalb für Jörg Skriebeleit die Unübersichtlichkeit der Erinnerungslandschaft oder die »Identitätskrise« der Gedenkstätten erst im Jahr 2001 zu Tage getreten ist. Hatte die »neue Qualität der gesellschaftlichen Wahrnehmung« nicht bereits Anfang der 90er Jahre mit den Kontroversen um die Konzeptionen der Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen und den Funden von Massengräbern aus der Zeit der sowjetischen Speziallager eingesetzt?

Weder den Gedenkstätten der »alten« Bundesrepublik noch der DDR lagen Geschichtsbilder zugrunde, an die bruchlos angeknüpft werden konnte. Der staatstragende Antifaschismus der DDR hatte bis auf einige Differenzierungen im Verlauf der achtziger Jahre sämtliche Leidens- und Verfolgungserfahrungen jenseits des kommunistischen Widerstands ausgegrenzt. Durch diese, die staatliche Identität stabilisierenden Verkürzungen, waren Ursachen, Funktionsweisen und Ziele des Nationalsozialismus fast vollständig auf ökonomische Ursachen reduziert worden⁴ – eine Geschichtsdeutung, die spätestens seit 1990 nicht mehr aufrecht erhalten werden konnte.

Doch auch die in der Bundesrepublik noch vorhandenen Einseitigkeiten bei der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit gingen ihrer argumentativen Basis zumindest zum Teil verlustig. Allzu undifferenziert war in den siebziger und achtziger Jahren die vermeintlich eindeutige Trennung von Opfern und Tätern ausgefallen. Insbesondere die Generation der Söhne und Töchter, die die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Elterngeneration und deren biographische

Mit diesem Artikel wird Bezug genommen auf den Beitrag »Neue Unübersichtlichkeit? Gedenkstätten und historische Orte im aktuellen erinnerungspolitischen Diskurs« von Jörg Skriebeleit im GedenkstättenRundbrief 103/2001, Seite 3–10.

Verstrickungen in das NS-Regime durchsetzte, neigte zur Identifizierung mit den Opfern und wähnte sich auf der moralisch integren Seite.

Jörg Skriebeleits Problemaufriss bezieht sich nun auf:

- den touristischen, freizeitkulturellen Anteil an Gedenkstättenbesuchen,
- die Bewertung von nach 1990 neu geschaffenen Mahnmalen und Erinnerungsstätten,
- die Möglichkeit einer Abgrenzung von Orten der Verfolgung und von Täterorten sowie
- die Irritation, die Orte mit »doppelter« Verfolgungsgeschichte hervorrufen.

Als Leiter der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg fragt er nach den Konsequenzen für die Arbeit in Gedenkstätten, insbesondere für die historisch-politische Bildung. Leider bleibt er konkrete Antworten weitgehend schuldig, werden diese und andere interessante Fragestellungen doch lediglich angerissen und allenfalls partiell diskutiert, gerade so, als ob sich konkrete Ausführungen für die ohnehin eingeweihten vielzitierten »Gedenkstättenexperten« gleichsam erübrigten. Ebenfalls offen bleibt, ob die Mitarbeiter derjenigen Gedenkstätten, die die politische Verfolgung und die Verbrechen der Zeit nach 1945 aufarbeiten, ebenfalls diesem Expertenkreis angehören.

Die Leitfrage des Autors aber ist die nach der inzwischen vielleicht notwendigen Dekonstruktion des Gedenkstättenbegriffs. Diese wird von der impliziten Befürchtung begleitet, die Aufgabe bisheriger Eindeutigkeiten könne in ein erinnerungskulturelles Chaos münden.

Gedenkstätten und Tourismus

Der Entwicklung »vom Stigma zum Standortfaktor« begegnet Skriebeleit hoffnungsvoll und misstrauisch zugleich. Einerseits begrüßt er, dass Tourismusplaner und Stadtväter nicht nur auf die »goldene« Seite der Lokal- und Regionalgeschichte verweisen, sondern auch die diktatorische Vergangenheit und politische Verfolgung wahrnehmen. Andererseits könne eine stärkere Orientierung an Besucherzahlen und »Event-Erwartungen« die alltägliche Arbeit von Gedenkstätten negativ beeinflussen.

Zwar ist seine ambivalente Einschätzung durchaus nachvollziehbar. Doch ließe sich die entstehende Verbindung zwischen Gedenkstättenarbeit und Tourismus auch als Ausdruck einer »lernenden« Gesellschaft interpretieren: Nie haben so viele Besucher freiwillig Gedenk- und Erinnerungsstätten aufgesucht wie nach 1989. Dies hängt nicht zuletzt mit einer veränderten Wahrnehmung von historischen Stätten und einer gewandelten Motivation ihrer Besucher zusammen – ein weiterer Aspekt in Skriebeleits Überlegungen. Nicht Belehrung steht dabei im Vordergrund, sondern kürzere oder längere Aneignungsversuche und individuelles Gedenken. Dass dabei viel »beiläufiges«, von Pädagogen nicht gestaltetes Lernen stattfindet, muss nicht als Zurückweisung professioneller Angebote verstanden werden. Denn diese Entwicklung bleibt anschlussfähig auch für organisierte Auseinandersetzungen über Geschichte und ihre Gegenwartsbedeutung unter Jugendlichen wie Erwachsenen.

Bewertung neu geschaffener Mahnmale und Erinnerungsorte

Ostdeutsche Erinnerungsorte sind in Skriebeleits Aufsatz eine Randerscheinung und werden von ihm für das Thema »Neue Unübersichtlichkeit« als vergleichsweise unbedeutend angesehen. Daher liest sich sein Text als Bestätigung von Bert Pampels Kritik an der Jubiläumsausgabe des 100. GedenkstättenRundbriefs⁵. Es scheint, als würden jene, die als Historiker und Experten maßgeblich an der Mitgestaltung des öffentlichen Gedenkens beteiligt sind, einer über das Jahr 1945 hinausreichenden Geschichtsbetrachtung eher gleichgültig gegenüber stehen.

So umstritten die Aufnahme des ehemaligen sozialistischen Musterdorfs Mestlin in den Kreis der Erinnerungsorte auch sein mag⁶, Skriebeleits Skepsis in Bezug auf die *Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn* erschließt sich selbst bei genauerer Betrachtung nicht. Als Sinnbild der deutschen Teilung, als Mahnung gegen das Repressionssystem in der DDR und die vom Regime installierte menschenverachtende Grenzsicherung ist Marienborn inzwischen als Gedenkort von gesamtstaatlicher Bedeutung anerkannt. Und wie bewertet der Autor ehemalige Gerichtsgebäude, Stasi-zentralen, Haftanstalten und Notaufnahmelager?⁷

Nicht zum ersten Mal drängt sich der Eindruck auf, dass manche Gedenkstättenexperten diese Frage vornehmlich aus einer Perspektive beantworten, die nur einen eingeschränkten Blick auf Verfolgung und Widerstand unter den kommunistischen Diktaturen und in der DDR gestattet und die Zahl der Ermordeten und zu Tode gekommenen als einziges Kriterium für Gedenkstättenarbeit zulässt.

Immer wieder ist erkennbar, dass es über diese zentralen Fragen zu wenig oder gar keinen Austausch im seit 1990 erweiterten Kreis der Mitarbeiter/innen von Gedenkstätten und der historisch-politischen Bildung gibt. Dass sich die Orte und Stätten, die an die politische Repression in der SBZ und DDR erinnern, jetzt formell zusammengeschlossen haben, ist sicher nicht zuletzt als Folge dieser Sprachlosigkeit zu sehen.⁸

Verständlich sind Skriebeleits Bedenken insoweit, als die Historizität eines Ortes oder der Bezug zum Nationalsozialismus allein diesen nicht »automatisch zum historischen Erinnerungs- und Lernort erheben« sollte. Inhalte und Kontexte mögen dann tatsächlich verschwimmen und die Aura der Orte zum ausschließlichen Bezugspunkt werden. Hier liegt die ketzerische Frage nahe, wann des »Führers« Autobahn in den Rang einer Gedenkstätte erhoben wird, wie dies ein Teilnehmer des Symposiums »Historische Stätten aus der Zeit des Nationalsozialismus« des DHM, auf das sich Skriebeleit eingangs bezieht, ironisch einwarf. Für solche Gefahren gibt es jedoch – der Autor mag an Prora gedacht haben – nur wenige Beispiele.

Gibt es reine »Opfer«- und »Täter«-Orte?

Was bei Orten wie dem Haus der Wannsee-Konferenz oder der Villa ten Hompel vergleichsweise einfach erscheint, ihre Zuordnung zum Begriff »Täterort«, gestaltet sich bei der Suche nach ausschließlichen »Opferorten« bedeutend schwieriger. Obwohl Skriebeleit die Problematik einer eindeutigen Unterscheidung zwischen Täter- und Opferorten benennt: »KZ-Gedenkstätten sind Tatorte, welche die Spuren der Verbrechen, die dort begangen wurden, teilweise noch in sich tragen bzw. auf sie verweisen (...) Sie

verweisen sowohl auf die Opfer als auch auf die Täter« (S. 8), möchte er doch auf eine begriffliche Trennung von Leidensorten und Täterorten nicht verzichten.

Die historische Realität jedoch, sie sperrt sich gegen eine solche Unterscheidung und lässt sie in den meisten Fällen scheitern. Denn so richtig es ist, dass KZ-Gedenkstätten für »die Angehörigen der Opfer (...) Friedhöfe und Orte des persönlichen und kollektiven Totengedenkens« sind, so richtig ist gleichzeitig, dass dieselben Orte als KZ-Kommandantur und SS-Häuser eben im wahrsten Sinne des Wortes Tatorte sind. In der politisch-historischen Bildung sind sie von Bedeutung als Orte der Opfer wie der Täter.

Orte mit »doppelter« Verfolgungsgeschichte und ihr Irritationspotential

Insbesondere bei der Aufarbeitung der Speziallagerzeit und in der Diskussion um ihre historische Einordnung und Bewertung im Spannungsfeld alliierter Entnazifizierung und stalinistischer Repression wurde die Kategorisierung in »Opfer« und »Täter« immer wieder zu Recht hinterfragt.

Denn wie steht es beispielsweise mit der Bewertung der Schuld von unter »Werwolf«-Verdacht geratenen Jugendlichen oder ehemaligen Blockwarten und anderen mittleren und kleinen Funktionsträgern des NS-Regimes? Bei ihnen handelte es sich um Häftlinge, die in ein sowjetisches Lager gerieten, das jeglicher Rechtsstaatlichkeit entbehrte. Zwar wird man sie nicht in jedem Fall unter die Kategorie »Opfer« subsumieren wollen, doch erscheint der Gedanke an eine gerechte Strafe im stalinistischen Lager ebenfalls mehr als fragwürdig.

Noch irritierender wird es, wenn man die auf die »Häftlingsgesellschaft« der sowjetischen Speziallager gemünzten Fragen konsequent auf jede Freiheitsberaubung durch Lagerhaft anwendet: Interessierte man sich beim öffentlichen Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Konzentrationslager lange Zeit kaum für Einzelfälle, verhielt es sich bei den stalinistischen Lagern von Anfang an umgekehrt. Dies war selbstredend notwendig, wollte man vermeiden, Kränze auf den Gräbern ehemaliger NS-Täter nieder zu legen.

Doch für Desorientierung sorgte nicht ausschließlich die Angst, unter Umständen in Unkenntnis konkreter Biographien NS-Täter zu ehren. Wohl die Mehrzahl derjenigen, die die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in der Bundesrepublik maßgeblich vorangetrieben haben, hat sich natürlich in erheblicher Weise mit den Schicksalen der Opfer des NS-Terrors identifiziert. Daher berührt die Infragestellung einer klaren Unterscheidung zwischen Opfern und Tätern auch das professionelle Selbstverständnis und trägt zur Verunsicherung bei.

Sollte die Unrechtmäßigkeit von Lagern zur politischen Verfolgung in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern das erste Bewertungskriterium bleiben, während in Bezug auf die sowjetischen Speziallager zunächst individuell geprüft werden muss, ob es nicht unter Umständen doch »den Richtigen« getroffen hat? In der Diskussion schwingt die Frage mit, ob die Festsetzung in menschenverachtenden Lagern bei nachgewiesener (mehr oder minder schwer wiegender) Schuld nicht doch gerechtfertigt sein könnte – eine mit Blick auf die politisch-historische Bildungsarbeit kaum vertretbare Vagheit.

An dieser Stelle sei auch erwähnt, dass vielen Kolleginnen und Kollegen die Beurteilung der Biographie eines NS-Täters, der in ein stalinistisches Lager geraten war, noch verhältnismäßig leicht fiel, die Bewertung eines nach 1945 zum Täter gewordenen ehemaligen kommunistischen KZ-Häftlings jedoch bedeutend größere Schwierigkeiten bereitete. Vor diesem Hintergrund haben diejenigen Gedenkstätten, die sowohl an die nationalsozialistische als auch an die stalinistische Verfolgung erinnern, die »Opfer«- und »Täter«-Problematik noch einmal aus einem neuen Blickwinkel und grundsätzlicher thematisiert und zugespitzt sowie für die Bildungsarbeit bislang unbeantwortete Fragen aufgeworfen⁹.

Orte wie die Gedenkstätte Bautzen bergen durch ihre Geschichte politischer Repression im Nationalsozialismus, während der SBZ und in der DDR die »neue Unübersichtlichkeit« geradezu in sich. So lässt es sich wohl nur als Sicherheitsbedürfnis interpretieren, wenn derjenige Komplex, von dem die stärkste Verunsicherung ausging, die Einbeziehung der SBZ/DDR-Gedenkstätten und die Aufarbeitung des staatsoffiziellen Antifaschismus im SED-Staat, nur »am Rand« (Skriebeleit) erwähnt werden.

Von »zeitspezifische(n) Umgangsweisen« und gegenwärtigen Auslassungen

Insbesondere die Beschreibung und Bewertung der geschichtspolitischen Dauerlegitimation des SED-Staats, des Antifaschismus, als Lesart des »Ausdruck(s) zeitspezifischer Umgangsweisen mit der Geschichte des Ortes in den jeweiligen politischen Konstellationen« erscheint uns in diesem Zusammenhang als zu dezent. Selbstredend ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen »verschiedene Erinnerungsschichten und Erinnerungsspuren mit eingelagerten Sinnstiftungen« (S. 8) repräsentieren. Auch der Gedenkstätte *Münchener Platz Dresden* ist die Problematik des Antifaschismus in ähnlicher Weise eingeschrieben. Je abstrakter desto zutreffender! Doch sollten uns zwölf Jahre nach der »Wende« die politischen Funktionen dieser »eingelagerten Sinnstiftung« etwas genauer interessieren, wenn es um die »neue Unübersichtlichkeit« im erinnerungskulturellen Diskurs geht. Denn insbesondere der ehemals staatstragende Antifaschismus verhindert eine reine Scheidung von NS- und SBZ-/DDR-Aufarbeitung¹⁰.

Als nach 1989/90 der Umgang der Bundesrepublik und der DDR mit dem Nationalsozialismus auf die geschichtspolitische und wissenschaftliche Tagesordnung rückte, fiel die Kritik am Antifaschismus der DDR – von einigen Ausnahmen abgesehen – wenig radikal aus. Auch während der friedlichen Revolution wurden die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten bezeichnenderweise nicht zum Stein des Anstoßes. Das Konzept des Antifaschismus diente aber bis zum staatlichen Zusammenbruch der moralischen Erpressung der Ostdeutschen und funktionierte nach dem Motto: »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns«, wobei der Faschismusverdacht mitschwang oder explizit ausgesprochen wurde. Was konnte es in einem Staat, der nicht müde wurde zu betonen, er habe sich von den (kapitalistischen) Wurzeln des Faschismus befreit, Schlimmeres geben?

Die westdeutsche Geschichtsbewegung hat die Tatsache der über vierzig Jahre währenden moralischen Erpressung im SED-Staat vielfach nicht wahrhaben wollen. Die zu antifaschistischen Tempeln hergerichteten Nationalen Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück wurden zur positiven Vergleichsfolie

schöngeredet, um politische Versäumnisse der Bundesrepublik um so deutlicher hervortreten zu lassen. Nicht die geschichtspolitischen Funktionen von Gedenkstätten und die Indienstnahme der Toten für die machtpolitischen Interessen der Lebenden war von Belang, sondern die bloße Existenz der Gedenkstätten überhaupt von Bedeutung. Denn, wie Skriebeleit in Bezug auf das »kämpferisch-didaktische Programm der Aufarbeitungsgeneration« anmerkt: »(...) Im Zentrum dieses Bildungsprogramms stand nicht nur die historische Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen, sondern es war meist auch mit einer Kritik an den herrschenden Verhältnissen der Gegenwartsgesellschaft verbunden« (S. 5). Dass auch die »Dekonstruktion« des staatlich funktionalisierten antifaschistischen Bekenntnisses entscheidend zu der von Skriebeleit konstatierten »neuen Unübersichtlichkeit« beiträgt, zeigen moralisch aufgeladene, bis heute anhaltende Debatten über dieses Thema¹¹.

Konsequenzen für die historisch-politische Bildungsarbeit

Skriebeleit spricht schließlich an, dass durch den staatlichen Zusammenbruch der DDR, bislang in Ost und West Identität stiftende »Schwarz-Weiss-Bilder« der Gedenkstättenpädagogik nicht länger unterlegt werden können. In (sicherlich jeweils anders gelagerter Hinsicht) sei das politische Bekenntnis gegenüber der Sensibilisierung für Grau- und Zwischentöne zurückgetreten.

Diese noch anhaltende Phase der Gedenkstättenpädagogik stellt, so denken wir, die bislang stärkste Herausforderung für die historisch-politische Bildungsarbeit dar; sie kann aber nicht die Konsequenz haben, nach überholten, vermeintlich sicheren »Ankerplätzen« zu suchen. Im Gegenteil: Mit der »neuen Unübersichtlichkeit« werden Pädagogen und Pädagogen mehr denn je auf relevante, teilnehmer- und sachorientierte didaktische Prinzipien zurückverwiesen wie Erfahrungsorientierung, Kontroversität und »Gegendenken«. Mit der verstehenden Einnahme unterschiedlicher bis widersprüchlicher Perspektiven können vielerlei Ansprüche eingelöst werden – angefangen bei der Aufmerksamkeit für Opfergruppen und uneindeutige Biographien bis hin zu einer kommunikativ verstandenen deutsch-deutschen Geschichts- und Erinnerungskultur. Nicht mehr emotionale Überwältigung und Politisierung prägen die Arbeit, sondern zunehmend sind wissenschaftliches Wissen und hermeneutische Kompetenz gefragt. Die Fragen und Sachverhalte sind so komplex geworden, dass Pädagogen sich in »forschendes Lernen« von Fall zu Fall mit einbeziehen. Sie können zu Lernberatern, zu Moderatoren oder Begleitern werden. Bildung kann »mehr denn je Offenlegung, Auseinandersetzung, Dialog und Authentizität in »belehrungs- und herrschaftsarmen« Räumen« sein«¹².

Nach der langen Zeitspanne der ausschließlichen Aufmerksamkeit für die Zeit des Nationalsozialismus fordern uns jetzt die ehemals Verfolgten und Oppositionellen, aber auch die »Erinnerungsorte« der SBZ-/DDR-Geschichte auf, in nachholenden Bildungsprozessen feinfühler zu werden für Repressionserfahrungen unter sozialistischen Verhältnissen. Wie solches Lernen parallel zur Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus geschieht, was es auslöst, worin es sich unterscheidet – das alles lässt sich noch kaum auf Begriffe bringen, Konzepte und Erfahrungen müssten zusammengetragen, diskutiert und verschriftlicht werden¹³. Mit dem Nationalsozialismus wie mit der SBZ/DDR verbundene Orte können inzwischen als »Medien der Auseinandersetzung«

begriffen werden. Wenn sie historisch sind, kommt ihre Anmutung als eine besondere Qualität hinzu. Noch immer lässt sich wenig über die Wirkungen solcher Lernorte sagen, aber ihr kognitiver und affektiver Reiz ist ein anderer als der von herkömmlichen Lernumgebungen ausgeht.

Und um zur Verkomplizierung unseres Bildungsauftrags beizutragen: Bei KZ-Gedenkstätten liegt der Versuch der Identifikation und des Mitleidens mit den Opfern nahe, bei den ehemaligen Speziallagerhäftlingen dominiert zunächst eine Distanz. Vermeintliche oder tatsächliche Mitläufer- und Täterbiographien werden individuell und kritischer wahrgenommen. Doch birgt nicht der Zugang über diese »Mitläufer«-Erfahrungen während des Nationalsozialismus auch Chancen für die Bildungsarbeit mit Jugendlichen? Hier ergeben sich folgende Fragen fast wie von selbst: Wie verhalten sich »Otto-Normal-Verbraucher« und »Lieschen Müller« bei gesellschaftlichen Ausgrenzungen und undemokratischen Entwicklungen? Welche Unterschiede gibt es dabei vor und nach 1945? Hatte ein ehemaliger kommunistischer KZ-Häftling das moralische Recht, Mitläufer von gestern zu denunzieren, weil sie das nach Kriegsende von ihm angestrebte Gesellschaftsmodell nicht leben wollten? Wie stellt sich das Verhältnis von individueller Rache, Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit dar? Vermutlich bieten sich mehr Anknüpfungspunkte für die Auseinandersetzung mit Demokratie, Rechtsstaat und Zivilcourage als bisher in die Bildungsarbeit eingeflossen sind¹⁴. Noch kaum diskutiert wird unseres Wissens, welche Rolle die SBZ-/DDR-Gedenkstätten dann in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus spielen könnten.

Mit der Komplexität der »doppelten« Geschichte umzugehen, Formen der Reduktion zu finden, die dennoch nicht simplifizieren, bewegt sich bei MitarbeiterInnen in Gedenkstätten wie in schulischen und außerschulischen Bildungsinstitutionen in einem experimentellen Stadium. Bildungsarbeit war »leichter«, als wir es mit nur einer Vergangenheit zu tun hatten und uns nicht zusätzlich an stalinistischer Verfolgung sowie am »Mythos Antifaschismus« abarbeiten mussten, aber sie war eben auch von Eindimensionalität, von Ausblendungen, teilweise von Unehrllichkeit bestimmt.

Inzwischen sind Pädagogen durch Generationenwechsel, Einwanderung, mediale Veränderungen und nicht zuletzt durch die deutsche Vereinigung mit anderen Erwartungen der Besucher konfrontiert. Die Frage der Adressaten- und Zielgruppen spielt eine viel größere Rolle. Vorerfahrungen und die Autonomie von Jugendlichen und Erwachsenen werden heute ernster genommen als in der Zeit des pädagogischen Optimismus, sie verbieten all zu »fertige« Konzepte. Stattdessen kommen in manchmal mühsamen Aushandlungsprozessen Selbsttätigkeit und Diskursivität zum Zuge. Der unmittelbare Erfolgsdruck der jahrelang von historisch-politischer Bildung »gegen rechts« in und mit NS-Gedenkstätten ausging, wird – bei aller Ungleichzeitigkeit und Beharrlichkeit »konfrontationspädagogischer« Ansätze – ein wenig zurückgenommen¹⁵.

Zu diskutieren bleibt, ob es der Entwicklung eigenständiger didaktischer Ansätze an Orten der SBZ- und DDR-Geschichte bedarf oder ob die Achtung des Gebots der Kontextualisierung und der inhaltlichen Rückbindung an das historische Geschehen mit Hilfe des bewährten didaktisch-methodischen Repertoires genügt. Ließe sich etwa das vom Fritz-Bauer-Institut entwickelte Konzept »Konfrontationen« mit seinen biographischen Beispielen, Schreib- und Interpretationsübungen auf die Phase der SBZ/DDR übertragen? Was hinterlassen Zeitzeugengespräche, die nicht über das Pathos des »Nie wieder« und die Eindeutigkeit von Gut und Böse verfügen, bei Altersgenossen und Nachgeborenen?¹⁶

Dr. Heidi Behrens arbeitet als wiss.-päd. Mitarbeiterin im Bildungswerk der Humanistischen Union Nordrhein-Westfalen in Essen. Sie hat u.a. zur Thematik der NS- und DDR-Geschichte Veranstaltungen durchgeführt und publiziert. Petra Haustein arbeitet in der Gedenkstätte Bautzen, wo sie für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist.

Dass historisch-politische Bildung in einer unübersichtlichen Erinnerungslandschaft komplizierter geworden ist, bedeutet auch eine Chance, den von Volkhard Knigge wie auch stets von Wolf Kaiser eingebrachten »Wertehorizont« neu auszulegen: Welche Moral unterlegen wir unserer Arbeit? Welche politischen Ansprüche erhalten wir aufrecht?

Grundsätzliche Anfragen an eine reformierte Pädagogik in und mit Gedenkstätten drängen sich auf – und damit an das Verhältnis von Lernen und Gedenken angesichts zweier aufeinander folgender Unrechtsregime. »Gedenkstätten zu Verfolgung und Widerstand in deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts (...) sind sperrige Orte«, so der »Koordinierungsrat Gedenkstätten in Deutschland« in seinem Thesenpapier¹⁷. Ältere Definitionen scheitern an dieser vor allem durch rivalisierende erinnerungspolitische Positionen charakterisierten Sperrigkeit. Wie wäre es also mit einem selbstbewussten Bekenntnis zur gegenwärtigen Unbestimmtheit des Gedenkstättenbegriffs?

Anmerkungen

- 1 Siehe die in der PublicNewsgroup veröffentlichten Beiträge von Hans Canjé, Matthias Pfüller u.a. im Online Gedenkstättenforum der Topographie des Terrors (November 2000): www.gedenkstaettenforum/nf.htm
- 2 Koordinierungsrat der Gedenkstätten in Deutschland, hauptsächlich von H. Knoch, D. Krause-Vilmar und G. Lilienthal verfasste Thesen zum Begriff und zum Selbstverständnis von Gedenkstättenarbeit anlässlich der Diskussions- und Gründungsversammlung am 4.9.2001 in Kassel, veröffentlicht in der PublikNewsgroup (19.8.2001).
- 3 Topographie des Terrors (Hg.): GedenkstättenRundbrief 100. Göttingen o.J. (2001).
- 4 Vgl. Käppner, Joachim: Erstarrte Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspropaganda der DDR, Hamburg 1999
- 5 Pampel, Bert: Der 100. GedenkstättenRundbrief: Anlass für Glückwünsche und eine große Klage, in: Online Gedenkstaettenforum, PublikNewsgroup (13.6.2001).
- 6 Eine Exkursion ins mecklenburgische Mestlin im Rahmen des bundesweites Gedenkstättenseminar in Schwerin im Jahr 2000 hatte schon an Ort und Stelle zu heftigen Gesprächen über die damit möglicherweise intendierte Entgrenzung des Gedenkstättenbegriffs geführt.
- 7 Mit neu entstandenen Gedenkstätten und ihrer Bedeutung befasst sich der Schlußbericht der EnqueteKommission »Überwindung und Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit«, Bundestagsdrucksache 13/11000 (13. Wahlperiode, 10.6.1998), S. 241ff.; siehe auch SBZ/DDR als Ausstellungsobjekt. Gedenkstätten-Seminar 28./29. November 1996 in Berlin, hg. von der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Berlin o.J. (1997).
- 8 Der Zusammenschluss »Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR« fand im November 2001 in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn statt und wird organisatorisch von Joachim Scherrieble betreut: E-mail gedenkstaette@marienborn.de
- 9 Grundsätzliche Fragen der Bildungsarbeit sind bereits angesprochen bei Pampel, Bert: Bagatelisierung durch Gedenken? Gedenkstättenarbeit an Orten aufeinanderfolgenden nationalsozialistischen und kommunistischen Unrechts, in: Deutschland Archiv, Heft 3 (Mai/Juni 1998), S. 438–453; Ders. und Haase, Norbert: Doppelte Last – doppelte Herausforderung. Gedenkstättenarbeit und Diktaturenvergleich an Orten mit doppelter Vergangenheit. Frankfurt a. M. 1998 und Faulenbach, Bernd: Zum Bildungsauftrag von Gedenkstätten in Ost- und Westdeutschland angesichts zweier Vergangenheiten und unübersichtlicher Geschichtsdebatten, in: H. Behrens-Cobet: Bilden und Gedenken. Erwachsenenbildung in Gedenkstätten und an Gedächtnisorten. Essen 1998, S. 23–34.
- 10 Vgl. Haustein, Petra: Überlegungen zum Verhältnis von Gedenken und zeithistorischer Forschung, in: GedenkstättenRundbrief 101 6/2001, S. 35–40; darin auch die Doppelperspektive auf NS- und DDR-Geschichte, die wir durch viele Einzelschicksale einzunehmen gezwungen werden.
- 11 Zur »Entzauberung des Antifaschismus« (Jürgen Danyel) konnten seither sicherlich die Beiträge von Annette Leo und Regina Scheer beitragen, siehe Mythos Antifaschismus. Ein Traditionskabinett wird kommentiert. Hg. vom Kulturstadamt Prenzlauer Berg und dem Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. Berlin 1992; zuletzt Leo, Annette und Reif-Spirek, Peter (Hg.): Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus. Berlin 2001.
- 12 Klameth, Wolfgang und Wagner, Andreas: Das Projekt »Geschichte Erfahren«, in: A. Wagner (Hg.): Gedenkstättenpädagogik in der Jugendarbeit. Rostock 2000, S. 11–17, hier S. 12.

- 13 Dafür gibt es erst wenige Beispiele, siehe Haase, Norbert: Historische Orte erfahrbar machen. Gedenkstättenpädagogik an Stätten politischer Verfolgung und Gewaltherrschaft, in: Gedenken, Nach-Denken, Voraus-Denken. Anregungen aus der Praxis der Gedenkstättenpädagogik, hg. vom Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, erarb. vom Arbeitskreis »Aufarbeitung«. Halle/Saale o.J., S. 20–22; Thüringisches Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (Hg.): Das sowjetische Speziallager Nr. 2. Buchenwald 1945–1950. ThILLM-Heft 61 (= Materialien). Bad Berka 2002 (im Erscheinen): www.thillm.th.schule.de
- 14 Zur Schwierigkeit der moralischen Bewertung Lutz, Thomas: Gedenken und Dokumentieren an Orten von NS- und NKWD-Lagern in Deutschland, in: P. Reif-Spirek und Bodo Ritscher (Hg.): Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit »doppelter Vergangenheit«. Berlin 1999, S. 249–264, hier S. 263.
- 15 Dazu Engelhardt, Kerstin: Gedenkstättenbesuche als politische Erziehungsmaßnahme: Chancen und Grenzen der Gedenkstättenpädagogik an Orten der NS-Verfolgung, in: A. Wagner, Gedenkstättenpädagogik in der Jugendarbeit (Anm. 13), S. 29–41; Ehmann, Annegret: Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust in der historisch-politischen Bildung: Wo stehen wir – was bleibt – was ändert sich? In: B. Fechner/G. Kößler/T. Liebertz-Groß (Hg.): »Erziehung nach Auschwitz« in der multikulturellen Gesellschaft. Pädagogische und soziologische Annäherungen. Weinheim und München 2000, S. 175–192.
- 16 Eine Annäherung an Formen der Auseinandersetzung mit der SBZ-/DDR-Geschichte hat das Projekt »Erinnerungsorte« in den Jahren 2001/2002 versucht, das von Politische Memoriale e.V. Schwerin zusammen mit dem Bildungswerk der Humanistischen Union Essen getragen und von der Stiftung Aufarbeitung gefördert wurde.
- 17 Siehe Anmerkung 3.

Dauerausstellung zum nationalsozialistischen Völkermord an den Sinti und Roma im Staatlichen Museum Auschwitz

Silvio Peritore und Frank Reuter

»Auschwitz ist das Symbol für die Ermordung von Menschen in Gaskammern, nur weil sie als Sinti, Roma oder Juden auf die Welt gekommen sind. Das ist die härteste Anklage, das darf am wenigsten vergessen werden.« Dieser Satz von Hermann Langbein könnte als Motto über der neuen Ausstellung stehen, die den nationalsozialistischen Völkermord an den Sinti und Roma im Staatlichen Museum Auschwitz erstmals ausführlich dokumentiert. Nach über drei Jahren Vorbereitung wurde die Ausstellung, die in Block 13 des ehemaligen Stammlagers untergebracht ist, am 2. August letzten Jahres der Öffentlichkeit übergeben. Neben weiteren hohen politischen Repräsentanten gedachte der damalige polnische Außenminister Prof. Bartoszewski, der als junger Mann selbst Häftling in Auschwitz war, der Opfer.

Die Realisierung des Projekts erfolgte auf Initiative und unter Federführung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma in enger Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Auschwitz und dem Verband der Roma in Polen sowie sechs weiteren nationalen Roma-Organisationen. Fast neunzig Archive und weitere Institutionen haben dafür Fotos und Dokumente zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus konnte durch die Unterstützung von Überlebenden und ihren Angehörigen aus ganz Europa ein bislang einzigartiger Bestand von Privatfotos zusammengetragen werden, von denen viele erstmals präsentiert werden.

Grundsätzliche Überlegungen zur inhaltlichen Konzeption

Ziel der Ausstellung ist die Annäherung an ein Menschheitsverbrechen, das sich allen historischen Vergleichen entzieht und das in seinem Ausmaß bis heute unvorstellbar bleibt. Auf der Grundlage der nationalsozialistischen Rassenideologie wurden Sinti und Roma ebenso wie Juden vom Säugling bis zum Greis erfasst, entrechtet, ghettoisiert und schließlich in die Vernichtungslager deportiert.

Für den Besucher der Ausstellung soll deutlich werden, dass ein großer Teil der deutschen Gesellschaft und der staatlichen Institutionen des Dritten Reichs in dieses Völkermordverbrechen verstrickt war. Die industrielle Massenvernichtung in Auschwitz, von einem modernen bürokratischen Staatsapparat ins Werk gesetzt, war nicht nur End- und Höhepunkt der Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma in der Zeit des Nationalsozialismus, sondern der Zivilisationsbruch schlechthin.

Zugleich dokumentiert die Ausstellung, dass Sinti und Roma in den Ländern Europas alteingesessene Minderheiten darstellen, die dort seit Jahrhunderten beheimatet sind. Sinti und Roma waren und sind Bürger dieser Staaten. Die vielfältigen, historisch gewachsenen Beziehungen zwischen Minderheit und Mehrheitsbevölkerung wurden von den Nationalsozialisten und den faschistischen Regierungen, die mit ihnen kolla-



borierten, systematisch zerstört. Die Darstellung der Verfolgungsgeschichte geht daher von den Menschen aus, die zu Opfern erst gemacht wurden; ihre Biografien stehen im Zentrum der Ausstellung.

Block 13 im
ehemaligen Stammlager
des KZ Auschwitz

Ein grundlegendes Prinzip der Konzeption besteht darin, dem Terror der Nationalsozialisten und ihrem Verfolgungsapparat die Normalität und den Alltag der Sinti und Roma gegenüberzustellen. Denn die Wirklichkeit des Holocaust kann nicht auf eine Rekonstruktion der geschichtlichen Ereignisse und Fakten, die sich ausschließlich auf die überlieferten Akten der Täter stützt, reduziert werden. Der Besucher soll dafür sensibilisiert werden, dass jedes NS-Dokument die Perspektive der Mörder widerspiegelt. In der Vergangenheit hat man den Inhalt der Täterdokumente oftmals unkritisch mit der Lebenswirklichkeit der Sinti und Roma gleichgesetzt, so dass die Diffamierung der Opfer unreflektiert übernommen wurde. Die Realität der Minderheit muss jedoch grundsätzlich von den antiziganistischen Klischees unterschieden werden, die seit Jahrhunderten im kollektiven Bewusstsein der Mehrheitsgesellschaft verwurzelt sind und die auch die Nationalsozialisten für ihre verbrecherischen Ziele benutzten. Da diese Vorstellungs- und Denkmuster das Bild der Sinti und Roma auch heute noch weithin bestimmen, spielten didaktische Überlegungen bei der Konzeption der Ausstellung von Anfang an eine wichtige Rolle. Gerade beim Thema Nationalsozialismus ist es unverzichtbar darüber nachzudenken, welche zumeist unbewussten Assoziationen und

links: Eingang von
Block 13
rechts: »Tor«
zur Ausstellung im
Obergeschoss



Erster Ausstellungsteil:
Der Innenraum mit den
alten Familienfotos,
die die Menschen
in ihrer Persönlichkeit
und Identität zeigen,
durchbrochen von
Stahlkeile mit
Dokumenten der Täter



Unterschiedliche
Ebenen der Ausstellung:
Innenraum, Stahlkeile
Block 13 mit Fenstern
und Zementboden



Übergang vom ersten
zum zweiten Aus-
stellungsteil: Phase der
Deportationen.
Der Innenraum (Familie
und Heimat) ist
zerrissen, unterstrichen
durch unterschiedliche
Bodenbeläge/-niveaus

Vorstellungen die ausgewählten Materialien beim Betrachter hervorrufen – schließlich wendet sich jede Ausstellung an eine breite Öffentlichkeit, und viele Besucher bringen kaum Vorkenntnisse mit. Man muss sich der Gefahr bewusst sein, dass die präsentierten Täterdokumente rassistische Inhalte weitertransportieren können, auch wenn das Gegenteil beabsichtigt ist. In der Tat lässt sich die Suggestionskraft der NS-Propaganda durch erklärende Texte nur bedingt auflösen, selbst wenn man voraussetzt, dass die Besucher kritische Erläuterungen zu den einzelnen Exponaten auch wirklich lesen. Dies betrifft insbesondere die Wirkungsmächtigkeit von Fotos. Für den nicht einschlägig informierten Besucher ist nicht ohne weiteres erkennbar, dass viele Bilder aus dieser Zeit propagandistischen Zwecken dienten und die tatsächlichen Geschehnisse verschleiern oder verharmlosen sollten.

Der Umgang mit dem historischen Quellenmaterial erfordert also eine besondere Sensibilität, nicht zuletzt mit Rücksicht auf die Würde der Ermordeten und die Gefühle der Überlebenden. Dies gilt umso mehr angesichts des ungebrochenen Rassismus gegen Sinti und Roma und der Kontinuität der gegen sie gerichteten Stereotypen. Nahezu alle in öffentlichen Archiven zugänglichen Fotos zu dieser Thematik stammen nicht von Angehörigen der Minderheit selbst. Fast immer wurden diese Bilder in der Absicht aufgenommen, das vermeintlich »Fremdartige« der Minderheit herauszustellen. Sie zementieren mithin tief verwurzelte Vorurteile und einen letztlich ahistorischen Blick auf Sinti und Roma, die auf das immer gleiche, unwandelbare Klischee reduziert werden. Dies betrifft in gleicher Weise die endlos reproduzierten »romantischen« Vorstellungen über »Zigeuner«, die lediglich die Kehrseite der negativen Stereotypisierung darstellen. Vor diesem Hintergrund war es ein entscheidendes Anliegen der Ausstellung, die betroffenen Menschen als selbstbestimmte Individuen zu zeigen und nicht als Objekte von Projektionen der Mehrheitsgesellschaft. Gerade weil Sinti und Roma stets Persönlichkeit abgesprochen wurde (und manchmal immer noch wird), war es den Ausstellungsmachern wichtig, den Opfern ein Gesicht zu geben, um so zugleich die jahrhundertlang tradierten Zigeunerbilder mit ihren starren Typologien aufzubrechen. Der Besucher soll begreifen, dass es sich um reale Menschen handelt, um Menschen mit einer einzigartigen Biografie und Verfolgungsgeschichte.

Den Dokumenten der Nationalsozialisten, in denen Sinti und Roma systematisch entmenslicht und entpersönlicht werden, stehen deshalb die Zeugnisse der Opfer und die Berichte der Überlebenden gegenüber. Einen zentralen Stellenwert nehmen dabei die alten Familienfotos ein, die einen Einblick in die persönlichen Lebenszusammenhänge vermitteln und die zeigen, in welcher vielfältigen Weise Sinti und Roma in das gesellschaftliche und lokale Leben integriert waren, bevor die Nationalsozialisten und die mit ihnen kollaborierenden Regime ihre systematische Ausgrenzung betrieben. Diese persönlichen Zeugnisse bilden einen wichtigen Gegenpol zu den Täterakten. Wie in der ständigen Ausstellung im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg werden diese beiden Ebenen – Normalität und Alltag der Minderheit einerseits, Terror und Verfolgungsapparat andererseits – auch in der neuen Ausstellung im Staatlichen Museum Auschwitz räumlich und gestalterisch deutlich voneinander abgehoben und gleichzeitig zueinander in Beziehung gesetzt. Für die neue Ausstellung in Heidelberg wurde hierfür jedoch eine künstlerisch völlig neue Lösung entwickelt (siehe die Anmerkung des Gestalters Wieland Schmid am Ende dieses Beitrags). Die Konfrontation der Tätermaterialien mit den Biografien der

vor und während des Zweiten Weltkriegs. Schließlich waren Entrechtung, Deportation und Vernichtung der Sinti und Roma keine isolierten Ereignisse, sondern eingebettet in die innen- und außenpolitische Gesamtentwicklung während der NS-Zeit.

Die Ausstellung gliedert sich in drei große inhaltliche Bereiche: Der erste Teil dokumentiert die Ausgrenzung und Entrechtung der deutschen Sinti und Roma von der nationalsozialistischen Machtübernahme bis zur Entfesselung des Zweiten Weltkriegs und den ersten Deportationen in das von Deutschland okkupierte Polen. Am Beginn stehen die frühen Verfolgungsmaßnahmen gleich nach der sogenannten Machtergreifung. Es folgt die Darstellung der Rassenideologie, die von Anfang an die Grundlage der gegen Sinti und Roma gerichteten Maßnahmen bildete. So wurden die »Nürnberger Gesetze« in gleicher Weise auf Sinti und Roma wie auf Juden angewandt. Die totale Erfassung der Minderheit durch »Rassebiologen«, die eng mit dem SS-Apparat kooperierten, und die Ghettoisierung von Sinti- und Roma-Familien in besonderen Internierungslagern, die ab Mitte der Dreißigerjahre in vielen deutschen Städten eingerichtet wurden, waren ebenfalls wichtige Vorbedingungen für den Völkermord. Dokumentiert wird auch die systematische Verdrängung der Sinti und Roma aus nahezu allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Dazu gehörten etwa Berufs- und Schulverbote oder der Ausschluss aus der Wehrmacht, ebenso die verschiedenen Formen der Diskriminierung im Alltag als Folge der NS-Rassenpolitik.

Weitere Themen sind die Inhaftierung hunderter Sinti und Roma in Konzentrationslager im Zuge der Massenverhaftungen 1938/39 sowie die Verfolgung der Minderheit in Österreich nach dem von den Nationalsozialisten erzwungenen »Anschluss«. Am Ende des ersten Teils werden die unmittelbar nach Kriegsbeginn entwickelten Pläne der SS-Führung dokumentiert, alle Sinti, Roma und Juden in die besetzten Gebiete Polens zu verschleppen, und schließlich die ersten Deportationen deutscher Sinti- und Roma-Familien in das »Generalgouvernement« im Mai 1940. Außerdem kommen in diesem Abschnitt grundlegende Aspekte der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gegenüber den Sinti und Roma zur Sprache. Dies gilt insbesondere für den Täterapparat und dessen bürokratische Organisation. Es wird gezeigt, dass das im September 1939 in Berlin eingerichtete »Reichssicherheitshauptamt« der SS die Federführung bei der Verfolgung der Sinti und Roma übernahm.

Der zweite Teil der Ausstellung behandelt den Völkermord an den Sinti und Roma im nationalsozialistisch besetzten Europa. Dem Besucher sollen ungeachtet der grundlegenden Gemeinsamkeiten der NS-Vernichtungspolitik auch die Besonderheiten der Verfolgung in den einzelnen besetzten und verbündeten Staaten verdeutlicht werden. So wurden Sinti- und Roma-Familien in manchen Ländern zunächst in Lagern oder Ghettos konzentriert, von wo aus man sie nach Auschwitz und in andere Vernichtungslager deportierte. In den besetzten Gebieten der Sowjetunion hingegen wurden Angehörige der Minderheit an Ort und Stelle durch die Einsatzgruppen der SS und durch Polizeibataillone ermordet. Im besetzten Serbien waren es hauptsächlich Kommandos der Wehrmacht, welche die Erschießungen durchführten. Im besetzten Polen wiederum wurde der Völkermord sowohl durch systematische Erschießungen als auch innerhalb der Vernichtungslager vollzogen. Ebenso wird gezeigt, dass sich Faschisten anderer Länder an der Mordpolitik beteiligten: etwa die kroatische Ustascha, die in Jasenovac und in anderen Konzentrationslagern bestialische Morde an tausenden Sinti und Roma beging.



Es muss an dieser Stelle betont werden, dass der Völkermord an den Sinti und Roma in den besetzten Ländern Europas immer noch sehr unzulänglich erforscht ist, zumal im Vergleich zum Völkermord an den europäischen Juden. Dies betrifft vor allem die Morde in den ehemaligen Staaten Osteuropas; hier liegen zwar Täterdokumente, jedoch kaum authentische Zeugnisse oder Biografien jener Menschen vor, die den Morden zum Opfer fielen. Da sich Roma-Organisationen aus mehreren europäischen Ländern an dem Ausstellungsvorhaben beteiligt und hierfür umfangreiche historische Recherchen durchgeführt haben, war es erstmals möglich, diese Forschungslücke zumindest teilweise zu schließen.

Der dritte große Themenbereich versucht unter unterschiedlichen Aspekten eine Annäherung an die Geschichte des »Zigeunerlagers« in Auschwitz-Birkenau. Als Folge von Himmlers Auschwitz-Erlass vom 16. Dezember 1942 wurden 23 000 Angehörige der Minderheit aus dem Reich und nahezu allen besetzten Ländern hierher deportiert. Für den größten Teil dieser Menschen war Auschwitz die letzte Station eines jahrelangen Martyriums. Die so genannte Rampe in Auschwitz-Birkenau war Ziel der Deportationszüge mit Sinti- und Roma-Familien aus fast ganz Europa.

Dritter Ausstellungsteil:
Historischer Ort der
Ausstellung (Auschwitz),
im Hintergrund ein
Foto von Sinti-
und Roma-Kindern,
von Mengele für
Menschenversuche
missbraucht

Mit Hilfe von Berichten Überlebender, den Familienfotos der nach Auschwitz deportierten Menschen und dem im Archiv des Museums Auschwitz vorhandenen Quellenmaterial werden die Verbrechen an diesem zentralen historischen Ort der Verfolgung dokumentiert: die unmenschlichen Lebensbedingungen im Lager, Hunger und Zwangsarbeit, der Terror der SS und schließlich die Massenvernichtung in den Gaskammern.

Es geht in erster Linie um eine Annäherung an die unsagbaren Leiden der Opfer, doch auch die Täter der SS – verantwortlich für Folter und tausendfachen Mord – werden in den Blick genommen. Eine Intention der Ausstellung besteht nicht zuletzt darin, das verzweifelte Ringen der Menschen um Würde und Selbstbehauptung selbst an diesem Ort des Grauens in die Darstellung einzubeziehen: etwa die Widerstandsaktion am 16. Mai 1944, als die SS zum ersten Mal versuchte, die etwa 6 000 Insassen des »Zigeunerlagers«, die bis dahin überlebt hatten, in den Gaskammern zu ermorden. Gerade in diesem letzten Ausstellungsteil, bei der Dokumentation der Massenvernichtung in Auschwitz, gilt das eingangs Gesagte: Der Besucher soll begreifen, dass sich hinter abstrakten Todesziffern die Namen vieler einzelner Menschen verbergen, und dass hinter jedem Namen eine ganz persönliche Geschichte steht.

Als ergänzender Ausstellungsbereich wurde ein Gedenkraum eingerichtet, in dem sich eine Gedenkstele aus schwarzem Stein befindet. In die vordere Seite dieses Gedenksteins wurde ein Monitor eingelassen: Zu sehen sind hier vom Regisseur Karl Fruchtmann bearbeitete Filmaufnahmen deutscher Sinti-Kinder aus dem katholischen Kinderheim St. Josefspflege in Mulfingen, die im Früherbst 1942 von NS-»Rassebiologen« aufgenommen wurden. Die Eltern der Kinder waren zuvor in Konzentrationslager verschleppt worden. Im Mai 1944 wurden die Mulfinger Sinti-Kinder abgeholt und nach Auschwitz deportiert; bis auf vier Überlebende fielen dort alle dem Holocaust zum Opfer. Ihr Schicksal steht stellvertretend für all jene Sinti- und Roma-Kinder, die im national-sozialistisch besetzten Europa verfolgt, gequält und ermordet wurden. Vor der Stele mit dem Monitor befindet sich in den Boden eingelassen ein weiterer schwarzer Granitstein mit einem ewigen Licht zum Gedenken an die Opfer. Durch eine Glaswand wird der Gedenkraum großflächig »aufgebrochen«, so dass der authentische Ort hindurchscheint und stets präsent bleibt.

Gemäß einer Vereinbarung mit der Gedenkstättenleitung erscheinen alle Ausstellungstexte in polnischer, deutscher und englischer Sprache. Die Texte sind klar strukturiert, das heißt es gibt eine deutlich erkennbare Hierarchie von den Einführungstexten – die sich als einzelne Tafeln nochmals von den Ausstellungswänden abheben und zugleich inhaltliche Zäsuren bilden – bis zu den einzelnen Bildunterschriften. Für die nicht deutschsprachigen Besucher wurde jedes präsentierte Täterdokument mit einem kurzen Textauszug in Polnisch und Englisch versehen, der die jeweilige Schlüsselaussage enthält.

Die Ausstellung wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Grafiker Wieland Schmid und seinen Mitarbeitern entwickelt. Ziel war es, Inhalt, Form und Raum zu einer Gesamtkonzeption zu verbinden. Die Texte und die Auswahl der Materialien, ihre grafische Präsentation und Verknüpfung sowie die räumlich-architektonische Anordnung bilden eine Einheit, in der sich die einzelnen Elemente wechselseitig ergänzen und bereichern. Dadurch lassen sich Beziehungen herstellen und Zusammenhänge vermitteln, die nicht eigens durch Texte erklärt werden müssen, sondern die der Besucher – auch auf assoziativem Weg – selbst zu erschließen vermag.

Anmerkungen von Wieland Schmid zur gestalterischen Konzeption der Ausstellung

Die Ausstellungsgestaltung erhält den Originalraum als solchen und bezieht ihn als wesentlichstes Teil ein. Schon dessen strenge, militärisch-gleichförmige Architektur ist Symbol. Der langgestreckte Raum mit exakten Intervallen von Fenstern und seiner geradlinigen Säulenachse, die Kälte des Bodens und die Kahlheit seiner Wände, die Lagerstraße vor dem Fenster – all dies ist sinnlicher Ausdruck von dem, was hier geschah: der exakt geplante Völkermord.

Der mit der Ausstellung hinzugefügte Kernraum ist die architektonische Metapher für die Sinti und Roma in ihrer Individualität und Identität. Die Menschen, die, entmenslicht und zu Nummern gemacht, hier ermordet und spurlos in diesen Ort eingegangen sind, sollen durch ihn ihre Persönlichkeit und Identität zurückerhalten. Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit, Wärme, Licht und Farbe verbinden die in den Wänden eingelassenen Fotografien, die individuelle Menschen in ihren Alltagssituationen zeigen aus der Zeit, bevor sie zu Opfern und Nummern gemacht wurden. Damit sperrt sich der Kernraum gegen die bestehende Architektur des Auschwitzraums und stellt sich in elementaren Widerspruch zu ihm: die Achsen beider Räume sind nicht identisch, hier angenehme, geborgene Formen, dort harte und strenggegliederte, hier warme, erdhafte Farben, dort kaltes Blau-Weiß, hier Menschengesichter, Lachen und Privatheit, dort in Maschinenschrift getipptes Ausgeliefertsein.

Die Stahlkeile als Symbole der Verfolgung und Gewalt zerschneiden den Kernraum gleichsam auf unsichtbaren Achsen des Originalraums gleitend und brechen ihn schließlich völlig auf. Der Besucher wird auf seinem Weg durch die Ausstellung die zunehmende Zerstörung des Raumgebildes als Metapher der geschichtlichen Ereignisse nachvollziehen. Am Ende des Weges wird er sich in seiner eigenen Gegenwart – in Auschwitz – wiederfinden.

Ein Katalog: »Die Dauerausstellung im Staatlichen Museum Auschwitz: Der Nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma«, hgg. vom Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg 2001 ist zur Ausstellung erschienen.

Alle Bilder: Lossen
Fotografie, Heidelberg,
Dokumentations-
und Kulturzentrum
Deutscher
Sinti und Roma

Silvio Peritore ist seit
1998 Leiter des
Referats Dokumenta-
tion im Dokumentati-
ons- und
Kulturzentrum
Deutscher Sinti und
Roma in Heidelberg.
Frank Reuter arbeitet
seit 1993 als Historiker
in derselben Einrichtung.

Bürgerschaftliches Engagement verhindert rechtsextreme Demonstration

IN WEWELSBURG UND PADERBORN

Sonja Büttner und Günter Bitterberg

Wewelsburg setzt Zeichen gegen Rechts

Siehe hierzu auch dem
Beitrag von Sonja
Büttner: Die Arbeits-
gruppe »Gedenktag
2. April« in Wewelsburg,
im Gedenkstätten-
Rundbrief 86 (1998)

In Wewelsburg reagierte man Anfang des Jahres auf die drohende Demonstration der Freien Kameradschaften unter dem Motto »Ruhm und Ehre der Waffen-SS« an der Wewelsburg zuerst mit Unverständnis und Wut. Nach einem Jahrzehnte andauernden Mahnmalstreit, in dem es auch um eine eigene öffentliche Stellungnahme zu den, im Zusammenhang des Konzentrationslagers Niederhagen geschehenen Verbrechen ging, wollte man nun nicht untätig und unkommentiert zusehen, wie Rechtsextreme und Neonazis den Ort für stumpfsinnige Parolen als Plattform nutzen wollten und die Opfer verhöhnen würden. Bezeichnenderweise trafen sich die Wewelsburger an dem, in der Form eines Dreiecks errichteten Mahnmal auf dem ehemaligen Appellplatz des Konzentrationslagers Niederhagen. Der Text des Mahnmals lautet: »Dieses Dreieck ist dem Kennzeichen der KZ-Häftlinge nachgebildet. Am Ort des Appellplatzes des Konzentrationslagers Niederhagen erinnert es an die Opfer der SS-Gewalt in Wewelsburg 1939–1945«. Es wurde am 2. April 2000, dem Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Niederhagen, der Öffentlichkeit übergeben und stellte bereits den dreizehnten Versuch dar, eine würdige und angemessene Form der Erinnerung und des Gedenkens zu finden. Während die vorangegangenen Bemühungen, der Geschichte und seiner Opfer gerecht zu werden, ausnahmslos von Nicht-Wewelsburgern an den Ort heran getragen wurden, setzten sich für das zeitlich gesehen letzte Erinnerungszeichen zehn junge Bewohner des Ortes im Alter von 17 bis 23 Jahren ein.

Ganz sicher war die lange Diskussion um Gedenken und Erinnern mit den verschiedenen Gedenktafeln, Grabsteinen, Kreuzen und Bildern notwendig, um dieses letzte dauerhafte Mahnmal fest im Bewußtsein der Bevölkerung zu verankern. Es ist unmöglich an dieser Stelle auf alle Stationen in diesem Prozeß einzugehen, deshalb seien hier nur einige erwähnt.

So setzte sich 1949 bereits der Bürener Künstler Josef Glahe künstlerisch mit den Folgen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft auseinander. Es entstand ein von expressionistischen Elementen gekennzeichneter Mahnmalszyklus, der neben der Zerstörung von Städten und Kulturgütern auch die Verfolgung und Ermordung von Mitmenschen thematisiert. Leider erwies sich der Aufstellungsort, die sogenannte Gruft im Nordturm der Wewelsburg, die die SS durch KZ-Häftlinge zu einem Kultraum hatte umbauen lassen, als ungünstig. Nur nach vorheriger Anmeldung konnte das Mahnmal besichtigt werden, wobei es in den Herbst- und Wintermonaten aufgrund der hohen Luftfeuchtigkeit im Raum ganz entfernt wurde. Zudem fanden die Besucher wegen des Stils, der im NS-Regime als »entartete Kunst« bezeichnet wurde, nur sehr mühsam einen Zugang zu den Bildern. Trotz ihrer starken Ausdruckskraft gerieten sie

zunehmend in Vergessenheit und verschwanden in den 70er Jahren in einer Abstellkammer. Für große Aufregung sorgte hingegen die eigenmächtige Anbringung einer Gedenktafel im Innenhof der Burg durch den damaligen Bundestagsabgeordneten Thüsing am 9. November 1977. Vorausgegangen war eine lange, enttäuschende Diskussion zwischen den örtlichen Parteien CDU, SPD und FDP um ein Gedenkzeichen an der Wewelsburg bzw. auf dem ehemaligen KZ-Gelände. Die Gedenktafel wurde jedoch bereits in der Nacht zum 13. November von Wewelsburger Jugendlichen wieder abgenommen und zum ca. 5 km entfernten Soldatenfriedhof nach Böddecken gebracht.

Der Soldatenfriedhof, auf dem sich neben den Gräbern von Wehrmachtsangehörigen auch solche der Waffen-SS befinden, wurde 1978 u.a. um die Inschrift »Zum Gedenken an die Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft 1933–1945« erweitert. Er sollte so den Angehörigen der Täter- ebenso wie der Opfergesellschaft als Ort der Erinnerung und des Gedenkens dienen. Es wurde völlig außer acht gelassen, daß das Tal, in dem sich der Friedhof befindet, keinerlei Bezug zu dem KZ Niederhagen und seinen Opfern aufweist und daß es für Angehörige der Opfer und Überlebende unzumutbar ist, an den Gräbern der Tätergruppe der Opfer zu gedenken.

Der Beschluß des Kreistages vom 6. Juli 1977, eine wissenschaftliche Dokumentation in Auftrag zu geben und so die Besucher der Wewelsburg über die Bedeutung und die Geschehnisse an der Burg und im Ort in der Zeit von 1933–1945 aufzuklären, ist eine Entscheidung gewesen, die sich als äußerst wertvoll erwies. Die Dokumentation »Wewelsburg 1933–1945. Kult- und Terrorstätte der SS« befindet sich im ehemaligen SS-Wachgebäude an der Burg und wird seit der Eröffnung 1982 von etwa 40 000 Personen jährlich besucht. Trotz der kontinuierlich steigenden Zahl an Gruppen und Einzelbesuchern kann eine Ausstellung jedoch niemals ein Mahnmal ersetzen. Um die Akzeptanz der Gedenkstätte im Ort Wewelsburg, die sich z.B. in Kooperation mit den ansässigen Vereinen vorbereiteter und durchgeführter Ausstellungen zeigte, nicht zu gefährden, wurden die Mitarbeiter der Einrichtung angehalten, sich nicht explizit für die Errichtung eines Mahnmals auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Niederhagen, auf welchem in den 50er Jahren eine Wohnsiedlung entstand, einzusetzen.

1997 gründete die Autorin dieses Beitrags im Anschluß an ein Praktikum in der Gedenkstätte mit neun weiteren Wewelsburgern die »Arbeitsgruppe Gedenktag 2. April«. Die Gruppe, deren Mitglieder alle der Dritten Generation angehören, nutzte die Dokumentation, ihre Kontakte zu den Überlebenden des Konzentrationslagers und natürlich das Fachwissen des Museumsleiters Wulff E. Brebeck und seiner Stellvertreterin Kirsten John-Stucke. Die Arbeitsgruppe, deren anfängliches Ziel war, die Diskussion um ein Mahnmal erneut zu entfachen, organisierte zum Tag der Befreiung des Konzentrationslagers 1998 fünf Gedenktage zu denen acht Überlebende aus den USA, Belgien Österreich, Polen und ganz Deutschland kamen. Die Bereitschaft der Zeitzeugen zum Gespräch mit der Bevölkerung hat unterstützt durch die ständige, auch andauernde Präsenz der Arbeitsgruppe, ein Nachdenken über bisher gültige Standpunkte angeregt. Es folgten zahlreiche Diskussionen mit Politikern und Bürgern, die häufig von der Presse und dem Fernsehen dokumentiert und kommentiert wurden. Um die Notwendigkeit eines Mahnmals zusätzlich zu betonen und um das Blumenbukett während der Gedenkfeier am 2. April 1998 nicht auf direkt auf die Rasenfläche legen zu müssen, breiteten die Mitglieder der Arbeitsgruppe ein weißes Kiesdreieck aus. Unmittelbar nach der Gedenkveranstaltung stellte die Gruppe einen Antrag bei der Stadt Büren zur Errichtung

eines dauerhaften Mahnmals. Das Kiesdreieck blieb als Hinweis auf das Fehlen eines Mahnmals bis zur Erstellung desselben liegen.

Dass der überwiegende Teil der Bevölkerung nach dieser langen Zeit der Diskussion, die häufig durch Schweigen und Ignoranz der Misere unterbrochen wurde, das Mahnmal angenommen und in das Bewußtsein aufgenommen hat, zeigte sich auch am 5. Januar 2002. Alle bedeutenden Vereine des Ortes hatten zu einer Gegendemonstration und Kundgebung an eben diesem Mahnmal aufgerufen. Die Demonstration, die in Wewelsburg federführend von dem aus der Arbeitsgruppe hervorgegangenen Verein «Gedenktag 2. April in Wewelsburg – Verein wider das Vergessen und für Demokratie e.V.» vorbereitet wurde, vereinte die unterschiedlichsten Gruppen unter dem Motto »Wewelsburg setzt Zeichen gegen Rechts«. Auch wenn in Wewelsburg kein konstituiertes Bündnis gegen Rechts, vergleichbar dem in Paderborn, besteht, haben viele Wewelsburger die absolute Notwendigkeit einer Stellungnahme erkannt und das Mahnmal, welches an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erinnert, als Mittel- und Ausgangspunkt angenommen. Auch das Bundesverfassungsgericht stellte sich auf die Seite der Wewelsburger. Das Gericht verbot den Aufmarsch der Rechten mit dem Hinweis auf die historische Bedeutung des Ortes.

Paderborn – Eine Stadt steht auf

Das Paderborner Bündnis für Toleranz und Demokratie hat seine erste große Bewährungsprobe bestanden. Die Freien Kameradschaften hatten unter dem Motto »Ruhm und Ehre der Waffen-SS« zu einer Demonstration des Nationalen Widerstands an der Wewelsburg, der Kult- und Terrorstätte der SS von 1933–1945, aufgerufen, und das im Angesicht des Konzentrationslagers Niederhagen, in dem von ca. 3 950 Häftlingen mindestens 1 285 dem SS-Grundsatz »Vernichtung durch Arbeit« zum Opfer fielen. Der Aufmarsch der Neo-Nazis am 5. Januar 2002 konnte durch das Verbot der geplanten Veranstaltungen in Wewelsburg und Paderborn verhindert werden. Das entschlossene Handeln der beteiligten Gruppen und die Kundgebungen an strategisch wichtigen Punkten haben sicher dazu beigetragen. Auch wenn der Ernstfall nicht eingetreten ist und die Kundgebungen nach kurzer Dauer beendet werden konnten, zeigte sich bei der Schlusskundgebung vor dem Paderborner Rathaus, dass das Paderborner Bündnis für Toleranz und Demokratie eine große Zustimmung in weiten Teilen der Bevölkerung gefunden hat. Der Versuch im Sommer 2000 ein Bündnis gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu bilden gestaltete sich äußerst schwierig wegen der bekannten Ab- und Ausgrenzungen der unterschiedlichen politischen Gruppen, bis die Paderborner Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit eine Erklärung zum 9. November 2000 vorlegte, die dann als gemeinsame inhaltliche Basis von den beteiligten Gruppen akzeptiert wurde. Als Symbol des Bündnisses wurde das Drei-Hasen-Motiv gewählt mit der Umschrift »Paderborner Bündnis für Toleranz und Demokratie«. Am 27. Januar 2001 trat das Bündnis mit einer gemeinsamen Aktion an die Öffentlichkeit und sammelte Unterschriften, mit denen sich die Menschen in Paderborn zum Widerstand gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verpflichten konnten. Bei der Woche der Brüderlichkeit 2001 konnten dem Paderborner Bürgermeister, Heinz Paus, Listen mit über 10 000 Unterschriften übergeben werden. Am



links: Bürger gedenken
vor einem Mahnmal in
Wewelsburg
rechts: Peter Cremer,
Wewelsburger
Geschichtslehrer
Bilder: Peters, Neue
Westfälische, 7.1.2001

18. Mai kam es zu einer großen Schüler-Demo unter dem Motto »Augen auf gegen rechte Gewalt«, am 1. Juli stellte sich das Bündnis den ausländischen Paderbornern beim »Fest der Begegnung« vor.

Inzwischen hat sich das Bündnis verbreitert und umfasst heute ca. 40 Gruppen von Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Bürgerschützen, Jugend-, Sport- und Wohlfahrtsverbänden, Schülervvertretungen, Asta der Universität, Eine-Welt-Gruppen bis zum Ausländerbeirat und verschiedenen Ausländervereinigungen. Sie alle wenden sich entschieden gegen Rechtsextremismus und seine Menschenverachtung, gegen Diskriminierung von Einzelnen und Gruppen aus weltanschaulichen, religiösen, sozialen oder ethnischen Gründen, gegen Intoleranz und Fanatismus und gegen religiösen und politischen Antisemitismus.

Bei der Abschlusskundgebung im Januar 2002 vor dem Paderborner Rathaus sagte Günter Bitterberg, der Sprecher des Bündnisses: »Paderborn ist eine weltoffene und gastfreundliche Stadt, rassistisch-nationalistische Parolen dürfen das Gesicht unserer Stadt nicht verzerren. Die Paderborner Hasen sind nicht schwarz oder rot oder grün und schon gar nicht braun, sondern bunt und vielfältig wie das Leben in Paderborn.«

Die Bedeutung dieses Bündnisses kann nur der richtig einschätzen, der die Schwierigkeiten einer notwendigen Erinnerungsarbeit in Paderborn und Wewelsburg nach 1945 miterlebt hat. Die Geschichte der Stadt Paderborn in ihrem Verhältnis zu den Juden, die in ihren Mauern lebten, bis sie aus ihren Mauern herausgerissen wurden, öffentlich und für alle sichtbar – die Synagoge wurde am Morgen des 10. November zerstört, damit die Feuerwehr ein Übergreifen des Feuers auf das benachbarte Krankenhaus verhindern konnte –, um in den Vernichtungslagern für immer zu verschwinden, und wie diese Stadt sich nach 1945 mit dieser Geschichte auseinander gesetzt hat, ist ein Beispiel für die Unfähigkeit, oder zumindest für die Mühe des Trauerns.

Zu erinnern ist an dieser Stelle, wie die Überlebenden des Holocaust, die nach Paderborn zurückkehrten, in dieser Stadt wieder aufgenommen wurden, an ihren mühevollen Kampf um Anerkennung und Entschädigung für geleistete Zwangsarbeit durch die Stadt, die in den letzten Kriegswochen fast völlig zerstört wurde und die sich selbst als Opfer des sinnlosen Krieges sah. Für viele Jahre kann Paderborn als ein Beispiel eines teils verschämten oder halbherzigen, teils unterlassenen oder verweigerten Erinnerns betrachtet werden; natürlich gab es private Kontakte und den höflichen Austausch von Grüßen und Geschenken am Neujahrstag, aber die Zeichen der Buße, das Bekenntnis des eigenen Versagens durch Schweigen und Wegsehen blieben aus.

Peinlich ist der lange Streit um ein Mahnmal für die Opfer des KZ Niederhagen bei Wewelsburg mit der Begründung, man dürfe den Neuanfang unseres Volkes und auch die Zukunft der Jugend nicht mehr mit der Vergangenheit belasten (1976).

Erinnert werden muss in diesem Zusammenhang auch an die lange Diffamierung der vielen Menschen, die an die Tausende russischer Kriegsgefangener erinnern wollten, die im Stalag 326 elendig verhungert waren (»Blumen für Stukenbrock«).

Es hat mehr als 30 Jahre gedauert, bis ein öffentliches Gedenken an die Opfer möglich wurde. Es waren immer die Falschen, die das Erinnern anmahnten, sie stießen mit ihrem Anliegen auf Misstrauen, zum Teil auch auf Unverständnis und Ablehnung bei der politischen Mehrheit. Die Erinnerung war gefährlich, darum begnügte man sich lieber mit den bekannten Erinnerungsritualen am Volkstrauertag, und so wurde die Erinnerungslücke auch leicht zur Erinnerungslüge. Es hat lange gedauert, bis man in Paderborn akzeptiert hat, dass man zur Gesellschaft der Täter gehört und damit ein neues Verhältnis zu den Opfern gewinnen kann, indem man sich in ihr Leiden hinein versetzt, nicht aber, indem man sich mit ihnen identifiziert. Geholfen haben dabei die Gedichte und Erzählungen von Jenny Aloni, die 1939 nach Israel fliehen konnte und mit Recht für die bedeutendste deutschsprachige Dichterin Israels gehalten wird. Die Stadt Paderborn ehrte sie 1967 mit dem städtischen Kulturpreis, das Jenny-Aloni-Archiv der Universität Paderborn hat sich die Edition und Erschließung des umfangreichen literarischen Nachlasses zur Aufgabe gemacht. Wer die Gedichte hört und die Geschichten der Verfolgten liest, ihre Verzweiflung und Einsamkeit, ihre Ohnmacht und Größe, wird sich des Unterschieds von Gedenken und Erinnern bewusst.

Erwähnt werden muß in diesem Zusammenhang auch Erwin Angreß, der im vergangenen Jahr verstorbene Vorsitzende der jüdischen Kultusgemeinde, der in seiner Weise die Erinnerung und den Dialog mit den Christinnen und Christen in Paderborn zu seiner Lebensaufgabe machte. Er kam 1940 in das Umschulungslager nach Paderborn, er hat Paderborn als Zwangsarbeiter erlebt und überlebte 1943 die Selektion auf der Rampe in Auschwitz, während seine junge Frau am Tag der Ankunft in die Gaskammer geschickt wurde. Er überlebte Auschwitz, den Todesmarsch, Dora-Mittelbau, bis er am 15. 4. 1945 in Bergen-Belsen befreit wurde und nach Paderborn zurückkehrte. Als Zeitzeuge ist er zum Zeichen geworden. Die Stadt Paderborn ehrte ihn kurz vor seinem Tod mit dem Ehrenring der Stadt.

42 Jahre nach der Reichspogromnacht wurde auf einstimmigen Beschluß des Rates ein Gedenkstein am Standort der zerstörten Synagoge errichtet, der nach der offiziellen Übergabe ein Schattendasein zwischen Telefonzellen und grauem Schaltkasten am Rande eines großen Parkplatzes fristete.

Erst die Gründung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit 1987 führte zu einem wirklichen Umdenken und ermöglichte die Einladung der Stadt an alle Überlebenden des Holocaust, die im Mai 1989 zu einer ergreifenden und überaus fruchtbaren Begegnung mit 110 ehemaligen jüdischen Paderbornerinnen und Paderborner führte.

Im gleichen Jahr beschloß der Rat der Stadt auf Anregung von Jenny Aloni die Umgestaltung des Mahnmals und die Anbringung einer Tafel mit den Namen der Opfer. 1993 wurde der Platz an der Alten Synagoge von dem dänischen Künstler Per Kirkeby umgestaltet. Vergleicht man den Text der Tafel in der ersten der drei Nischen der hohen Wand des neuen Mahnmals, die an die Fassade der zerstörten Synagoge

erinnert, mit dem Text des Gedenksteins von 1980, so kann man den Bewusstseinswandel leicht erkennen, der sich in der Zwischenzeit in Paderborn vollzogen hat.

1980 lautete der Text, über dessen Formulierung lange im Kultur-Ausschuß beraten wurde: »An dieser Stelle stand die im Jahre 1881 errichtete Synagoge der Jüdischen Gemeinde. In der Reihe der unmenschlichen Verfolgungen der jüdischen Mitbürger durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft wurde sie nach der Reichskristallnacht am 10.11.1938 ein Opfer der Flammen.«

Seit 1993 lautet der Text (historisch korrekt): »Hier stand seit 1882 die Synagoge der Jüdischen Gemeinde Paderborn. Sie wurde am 10. November 1938 während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Brand gesetzt und zerstört.

Zum Gedenken an unsere jüdischen Bürgerinnen und Bürger, die in den Jahren 1933–1945 gedemütigt, entrechtet, vertrieben und ermordet wurden.

Gedacht wird auch der Opfer des ehemaligen jüdischen Arbeitslagers und des ehemaligen jüdischen Waisenhauses in Paderborn«.

Auf einer zweiten Tafel steht in Hebräisch und Deutsch der Bibelvers aus den Klage-
liedern: »Alle, die ihr vorübergeht, kommt und seht, ob ein Schmerz sei wie mein Schmerz, den man mir angetan... « (Kgl. 1,12). Dann folgen auf vier Tafeln die Namen der ermordeten Jüdinnen und Juden Paderborns.

Als bei der Abschlusskundgebung am 5. Januar die Abordnung aus Wewelsburg von der Versammlung vor dem Rathaus begrüßt wurde, schwang daher nicht nur Freude mit bei den Veranstaltern über den verhinderten Aufmarsch der Neonazis, sondern auch Genugtuung darüber, dass nach vielen Jahren der Überzeugungsarbeit der Widerstand gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus von einem breiten Bürgerbündnis getragen und unterstützt wird.

Sonja Büttner (Wewelsburg) ist nach dem Abschluß Ihres Geschichtsstudiums (M. A.) z. Zt. in der Vorbereitungsgruppe für die neue Ausstellung »Wewelsburg 1933–1945« im Kreismuseum tätig.

Günter Bitterberg war Fachleiter für Ev. Rel. am Studienseminar Paderborn und ist ev. Vorsitzender der Paderborner Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Er ist maßgeblich am Aufbau und an den Aktivitäten des Paderborner Bündnis für Toleranz und Demokratie beteiligt.



Dem »Paderborner Bündnis für Toleranz und Demokratie« gehören ca. 40 Gruppen von Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Jugend-, Sport- und Wohlfahrtsverbänden, Schülervertretungen, Asta der Universität, Eine-Welt-Gruppen bis zum Ausländerbeirat und verschiedene Ausländervereinigungen an.

Stellungnahme

ZU DEN VORFÄLLEN VOM 24./25. FEBRUAR 2002
IN WÖBBELIN, BOIZENBURG UND SCHWERIN –
MÖGLICHE POLITISCHE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Matthias Pfüller

In der Nacht vom 24. zum 25. Februar 2002 wurden an drei Orten in Mecklenburg-Vorpommern abgetrennte Schweineköpfe demonstrativ ausgelegt; an zwei Orten wurden außerdem Schmierereien angebracht und Zerstörungen angerichtet: Es betraf den Jüdischen Friedhof in Boizenburg an der Elbe, das (vom Umschlag des Zweiten Bandes des Gedenkstättenverzeichnisses der Bundeszentrale für politische Bildung bekannte) Relief von Jo Jastram im Park der Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin und das Denkmal für den Endpunkt des Todesmarsches von Sachsenhausen und Ravensbrück am östlichen Stadtrand von Schwerin. (Dort wurden die Täter offenbar gestört; es gab keine Schmierereien oder Beschädigungen). Im Unterschied zu früheren, eher resignierten Reaktionen (alle Orte waren bereits betroffen) gab es diesmal nach einer zum Teil einwöchigen Verzögerung eine bemerkenswerte Diskussion in der Öffentlichkeit, die derzeit (Mitte März) noch anhält.

Die vorliegende Stellungnahme geht zurück auf eine gemeinsame Beratung von Vertretern des Vereins »Politische Memoriale«, des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, eines Vorstandsmitgliedes der deutschen Vereinigung für politische Bildung, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, des Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern und der Bildungsgemeinschaft »Arbeit und Leben« e.V., Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Allgemeine Zustimmung und Unterstützung haben u.a. signalisiert der Sprecherrat der Arbeitsgemeinschaft der freien Träger für politische Bildungsarbeit in Mecklenburg-Vorpommern und der Sprecher des Landesverbandes des Vereins »Gegen Vergessen – Für Demokratie« e.V.

Die Verwüstungen und Schändungen in den vergangenen zwei Wochen sind nichts Neues und nichts Einzigartiges – auch wenn die Applikation von Schweineköpfen ein besonders drastischer Ausdruck von Verachtung sein sollte. Es ist auch nicht sinnvoll, darüber zu spekulieren, was uns diese Vorfälle im Vorfeld eines möglichen oder scheiternden NPD – Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht »sagen« sollen, geschweige denn, daß der dauernden Einrede von rechts besondere Aufmerksamkeit zukäme, die behauptet, alles sei nur eine Aktion von agents provocateurs.

Bemerkenswert sind die Verzögerungen in den öffentlichen Reaktionen und Stellungnahmen. Die Berichte waren schnell in der Presse; die unmittelbar Zuständigen und Betroffenen haben auch umgehend reagiert (beispielsweise die Mitglieder der Vorstands- und Beratungsgremien der Mahn- und Gedenkstätten in Wöbbelin). Eine Stellungnahme seitens der Landesregierung ließ jedoch auf sich warten, ein Besuch eines Regierungsmitglieds wenigstens in Wöbbelin ebenso. Vermutlich gab es Überlegungen, die den oben notierten ersten Überlegungen entsprechen – und eine Fehleinschätzung hinsichtlich der Wirkung dieser Schweinekopf-Aktion in der Öffentlichkeit.



Beschädigtes und
beschriftetes Mahnmal
in Wöbbelin.
Bild: N.N., Zeitung

Dieses Reaktionsmuster ist ebenso erwartbar gewesen, wie es in sich defizitär ist. Nicht nur Rechtsextreme werden es als »Betroffenheitsroutine« werten: Innenminister Timm lässt die Streifenfahnen verstärken, der stellvertretende Ministerpräsident Holter stellt Bemühungen um das Relief, einen möglichen Ersatz und um kulturelle Aktivitäten in Aussicht; der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur schreibt einen Brief an Lehrerinnen und Lehrer und vertritt ihn in den Medien.

■ Ein Defizit ergibt sich daraus, daß die Vermutung allzu nahe liegt, es werde sich wieder um punktuelle »Feuerwehreinsätze« handeln. Es gibt zu wenig Verständnis dafür, daß solche Aktionen Resultate einer sehr langen Entwicklung sind. Sie reicht zurück bis in die Praxis des offiziellen, »verordneten« Antifaschismus in der DDR. Er schickte zwar Tausende von Kindern und Jugendlichen in die Mahn- und Gedenkstätten, speiste sie dann aber mit Ritualen ab, in denen bestenfalls 10 % der ganzen Geschichte des Nazismus in Deutschland ein Thema waren – und nahezu nie die Verantwortung aller Deutschen, von den Wahlen, in denen Hitler beispielsweise 1932 in Mecklenburg siegte, bis hin zur stummen Billigung oder Duldung durch die überwiegende Mehrheit, bis hin zum Ende im Mai 1945. Der Antifaschismus, sagen ehemalige DDR-Oppositionelle wohl zu Recht, wirkte wie eine Erpressung, der man nachgab, weil es das kollektive schlechte Gewissen und das Schuldbewusstsein gab, was aber nie ein Thema wurde.

■ Ein Defizit liegt weiter darin, daß die allgemeine, historische und politische Bildung der Erwachsenen und der Jugendlichen als deren Privatsache angesehen wird – und nicht etwa als ein wirtschaftlich relevanter Standortfaktor, der spätestens dann zu Buche schlägt, wenn ausländische Arbeitskräfte hier ebenso unsicher sein müssen wie Fußballspieler oder Wissenschaftler.

■ Besonders deutlich wird ein weiteres Defizit im Bereich des Tourismus, der doch für Mecklenburg-Vorpommern ein wichtiges wirtschaftliches Standbein sein soll: Es sind

die S-Strahle-Faktoren, die in den Vordergrund geschoben werden – Sand, Strand, Seen, Sonne, Städtebilder. Geschichte, erst recht schwierige Geschichte wird standhaft ignoriert, obwohl sich die TouristInnen zu zehntausenden beispielsweise auf den Weg nach Peenemünde und Prora machen. Fremdenverkehrsverantwortliche, die das hartnäckig ignorieren, sind ein negativer Standortfaktor.

Für einen neuen Weg müssen diese Defizite beseitigt werden. Wir sind nicht sehr optimistisch, weil bisher immer wieder Bildung als arbeitsmarktbezogene Qualifikation und als Kompetenzerwerb verstanden wurde. Allgemeine, historische und politische Bildung dagegen wird auf allen Ebenen der parlamentarischen, administrativen und politischen Entscheidungsträger lediglich unter fiskalischen Aspekten wahrgenommen. Daher kam es zum Paradox, daß zwar wegen des politischen Gewichts die Mittel für Gedenkstättenarbeit halbwegs stabil blieben (in den letzten drei Haushaltsansätzen wurde nur unwesentlich gekürzt), daß aber die Mittel für eine notwendig damit verbundene Bildungsarbeit deutlich weiter und weiter zusammengestrichen wurden.

(Sondermittel, die bereitgestellt wurden, haben übrigens, wie man leider sagen muß, ihr Ziel vollständig verfehlt: Wo sind tragfähige Strukturen einer Arbeit gegen rechts, die aus den zweimal bewilligten, nicht unerheblichen Sondermitteln der vergangenen beiden Jahre hätten wachsen müssen? Die Träger für Bildungsarbeit im Land sind weitgehend übergangen worden, ihr Erfahrungspotential wurde nicht genutzt. Auch die teilweise Mittelvergabe an die Landeszentrale für politische Bildung hat wenig bewirkt.)

Daraus ergeben sich einige Schlussfolgerungen:

■ Die historische und politische Bildungsarbeit im Land braucht tragfähige Strukturen und eine kontinuierliche Förderung, die nicht mehr lediglich einen Projektcharakter trägt, also nur von Jahr zu Jahr gefördert wird.

■ Dazu gehört eine Verbesserung der Trägerförderung nicht allein durch erweiterte und verbesserte Zuwendungen, sondern auch durch eine Entkrustung und Vereinfachung der Möglichkeiten für die Förderung der Bildungsarbeit – beispielsweise durch neue Förder Richtlinien, auch für die Tätigkeit der Landeszentrale für politische Bildung, die beispielsweise zu starr auf die Landesbelange festgelegt ist (so können kaum Besucher gefördert werden, und Reisen über die Landesgrenzen sind nur in Ausnahmefällen möglich).

■ Die Bildungsarbeit in diesem Bereich braucht ein Konzept, das die verschiedenen Ebenen zusammenführt: Die Arbeit in den Schulen, die berufsbezogene Schulbildung, die außerschulische und außerberufliche Bildungsarbeit der Träger und die sozialpädagogische Arbeit.

■ Ein solches Konzept sollte vor allem die Folgerungen daraus ziehen, daß zwar auch die GymnasiastInnen einen Nachholbedarf haben, vor allem aber die randständigen Jugendlichen, die keine Chance auf ökonomisch motivierte Abwanderung haben und aus Angst um ihre Chancen besonders fremdenfeindlich und für rechtsextreme Sprüche anfällig sind. Die allgemeine Bildungsarbeit sollte ihretwegen auch die Familienbildung einbeziehen.

■ Landtag und Landesregierung sollten ein Gremium berufen, das die Koordination der Bildungsarbeit konzipiert und die Verwirklichung überprüft. Dazu sollte auch die Zuständigkeit der Landtagsausschüsse geklärt werden.

■ Die Landtagsausschüsse für Bildung und Finanzen haben vor zwei Jahren einen Prüfauftrag an das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur gegeben, der eine Antwort auf die Frage bringen soll, ob es möglich ist, wie in Sachsen, Thüringen,

Brandenburg und Berlin auch hier im Land eine Gedenkstättenstiftung einzurichten. Diese Antwort liegt nicht vor, weil alle Beteiligten wissen, daß das Finanzressort kein grünes Licht geben wird. Dadurch begibt sich das Land der Möglichkeit, wenigstens die verfügbaren Mittel für diese Arbeit zu bündeln und sie u.a. als Komplementärmittel für Antragstellungen auf Bundes- und Europa – Förderung einzusetzen. Außerdem kann die Weiterbildungsarbeit nicht in dem Maß fortgeführt werden, wie das für die Projektgruppe »Gedenkstättenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern« und deren Trägerverein Politische Memoriale e.V. längst möglich wäre.

Jeder Wirtschaftsverband, dem solch lausige Bedingungen für seine Tätigkeit zugemutet würden, würde ebenso heftig wie lautstark protestieren – und er würde gehört werden. Die Bildungsträger werden seit zehn Jahren abgewiesen und in ihrer Arbeit eher behindert als gefördert. Es gibt keinen Bereich einer Zukunftsinvestition, der so behandelt wird. Daher ist die Verwunderung der Politiker darüber, »daß das mit den Rechten nicht aufhört«, Augenwischerei und Selbstbetrug angesichts ihrer Unfähigkeit, politischen Gestaltungswillen finanzpolitisch umzusetzen. Wie sich gezeigt hat, läuft das auf indirekte, sehr wirksame Unterstützung der rechten Szene im Land hinaus. Die Politik wird sich daran messen lassen müssen, ob sie fähig ist, ihre Defizite zu erkennen und zu beseitigen. Viel Hoffnung angesichts der Wirtschafts- und Finanzhörigkeit haben wir nicht. Wir werden uns jedoch bis zu den Wahlen weiter bemerkbar machen.

Prof. Dr. Matthias
Pfüller ist Vorsitzender
des Vereins Politische
Memoriale e.V.

Geschichte der NS-Zeit vor Ort

KONFERENZ ANLÄSSLICH DES 100. GEBURTSTAGES
VON AUREL BILLSTEIN

Ingrid Schupetta

Am Donnerstag, dem 29. November 2001 fand in Krefeld eine Konferenz anlässlich des 100. Geburtstages Aurel Billsteins statt. Der Zeitzeuge und Autodidakt Aurel Billstein war einer der ersten, die sich in Nordrhein-Westfalen mit der Geschichte des lokalen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus beschäftigten (Der eine fällt, die andern rücken nach... Dokumente des Widerstandes und der Verfolgung in Krefeld 1933–1945, Frankfurt/Main 1973).

Die Veranstaltung begann mit den Grußworten der Bürgermeisterin der Stadt Krefeld Karin Meincke, dem Mitarbeiter der Landeszentrale für politische Bildung Herbert C. Cormann und dem Vorsitzenden des Villa Merländer e.V. Dr. Eugen Gerritz.

■ Das einleitende Referat hielt Prof. Dr. Bernd Faulenbach von der Ruhr-Universität Bochum. Prof. Faulenbach gab einen kurzen Überblick über den generellen Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik nach 1945:

Die Nachkriegsgesellschaft war mit der Hinterlassenschaft der NS-Zeit direkt konfrontiert. Die Entnazifizierung und die Trümmerbeseitigung bestimmte die Erinnerungsarbeit der 50er und 60er Jahre. Man gedachte der Opfer des Nationalsozialismus in allgemeiner Form als »Kriegsopfer«, wobei sich die ganze Gesellschaft als Opfer empfinden konnte. Auf den zeitnahen Mahnmalen wurde in Ausnahmefällen dem Gedenken an die Opfer der Kriege die Formel »und den Opfern der Gewaltherrschaft« hinzugefügt. Die Frage nach Schuld und Verantwortung wurde einfach beantwortet: Adolf Hitler war schuld, die SS war schuld, die Nazis waren schuld.

Die Störung dieser Muster begann mit den Prozessen gegen die Täter von Auschwitz, von Maidanek, von Treblinka. Erst danach begann die Beschäftigung mit der konkreten Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen: der Schwerindustrie, der gesellschaftlichen Institutionen im allgemeinen, der Kirchen. Sie hält bis heute an.

Im lokalen Kontext waren es in der Regel die Verfolgten, die sich mit der konkreten Erinnerung beschäftigten. Aurel Billstein war ein Pionier der lokalen Geschichtsschreibung. Seine Biographie und sein Wirken wurde daher für diese Konferenz als Beispiel ausgewählt.

■ Privatdozent Dr. Michael Zimmermann vom Ruhrlandmuseum in Essen gab anschließend einen detaillierten Überblick über die Forschung über den Nationalsozialismus auf lokaler Ebene in Nordrhein-Westfalen. Auch er konstatierte für die 50er und 60er Jahre eine »große Stille« und die Stilisierung des 20. Juli und der weißen Rose zu dem einzig beachtenswerten Widerstand. Der Widerstand von Sozialisten und Kommunisten und das Exil wurden ausgeklammert.

Im Zuge der Fragen, die 1968 durch die neue Linke aufgeworfen wurden, geriet der Arbeiterwiderstand und der Widerstand der kleinen Leute in das Blickfeld. Eine ganze Serie unter dem Generaltitel »Widerstand und Verfolgung in...« erschien. Der anfänglichen Idealisierung folgte eine Ernüchterung. Resistenzverhalten, etwa bei den Mitgliedern der

Edelweißpiraten konnte durchaus eine partielle Zustimmung zu nationalsozialistischem Gedankengut beinhalten. Der mutigste Widerstand war chancenlos, da er niemals eine reale Bedrohung der NS-Herrschaft bedeutete.

Die Lokalhistorikerinnen und -historiker mußten die Perspektive der Verlierer einnehmen, um nicht einem analytischen Zynismus zu verfallen. Ein gewisser Ausweg war die Beschäftigung mit der Erforschung der konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen. Es zeigte sich, dass der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit durch die NS-Volksgemeinschaft nicht aufgehoben war. Die deutsche Arbeiterschaft machte jedoch durch eine neue Freizeit- und Familienorientierung, berufliche Aufstiegschancen und eine neue Mobilität, die Erfahrung, dass starre soziale Differenzen aufweichbar waren. Die Befunde zeigten, dass auch die Arbeiterschaft an der Beute des imperialistischen Raubzuges beteiligt wurde, solange es etwas zu verteilen gab.

Erst spät – mit einem Durchbruch 1988, zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms – rückte die Judenverfolgung in das Blickfeld. Zahlreiche Gedenkbücher beschäftigten sich mit ihrer Verfolgungsgeschichte. Noch später nahm die Lokalgeschichte Notiz von anderen, die ebenfalls aus der Volksgemeinschaft ausgegrenzt waren: Homosexuelle, geistig- und körperlich Behinderte, Roma und Sinti, sogenannte Asoziale und Berufsverbrecher. Als eine der letzten Gruppen wurden die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter interessant. Auch hier war Aurel Billstein ein Vorreiter. Quer zu allem, was an Universitäten und Forschungseinrichtungen thematisiert wurde, erwies er sich als ein unorthodoxer Autor, der neue Forschungsfelder betrat, bevor sie andere überhaupt wahrnahmen.

Das Interesse an den Tätern vor Ort ließ lange auf sich warten. Bis heute fehlt zum Beispiel eine Gesamtdarstellung der Gestapo in Düsseldorf. Dass die politische Polizei nicht unabhängig vom Gesamtsystem der Ordnungskräfte gesehen werden kann, ist das Ergebnis lokaler Erkundung im Zusammenhang mit dem Chef der Ordnungspolizei für den Wehrbezirk VI (etwa dem Gebiet des heutigen NRW entsprechend), der seinen Sitz in der Villa ten Hompel in Münster hatte. Neueste Studien beschäftigen sich mit den Arbeitserziehungslagern, den Aktionen »T 3« und »M«, bei denen das Hab und Gut der deutschen und europäischen Juden an die deutsche Bevölkerung verteilt wurde und einzelnen Berufsständen, wie etwa den Lehrern, den Medizинern im öffentlichen Dienst, den Richtern und Staatsanwälten. Diese Reihe wird fortgesetzt werden. Generell stellt sich die Frage nach Handlungsspielräumen und deren Nutzung.

Auch die Lokalgeschichte des Nationalsozialismus erlebt eine allmähliche zeitliche Entfernung von ihrem Forschungsgegenstand. Die unvermeidliche Historisierung ist aber auch eine Chance neue Fragen zu stellen und alte Antworten kritisch zu hinterfragen.

■ Dr. Ingrid Schupetta von der NS-Dokumentationsstelle der Stadt Krefeld stellte nach diesem Grundsatzreferat die Biographie Aurel Billsteins mit dem Schwerpunkt der Zeit seiner Verfolgung von 1933 bis 1945 vor. Sie machte deutlich, was für ihn das Motiv seiner Erinnerungsarbeit bildete: die Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur die er buchstäblich am eigenen Leib machen mußte. Nicht davon zu trennen sind die Schicksale seiner Mutter, die nach der Haft im Konzentrationslager Lichtenburg starb, und seiner KPD-Genossen, von denen einige die Verfolgung ebenfalls nicht überlebten.

■ Eine Zeitzeugenrunde mit Dr. Ernst Schmidt, einst »Staatsfeind«, jetzt Stadthistoriker in Essen; Willi Wahl, ehemaliger Gewerkschaftssekretär der IG Metall und Alt-Oberbürgermeister der Stadt Krefeld; Dr. Eugen Gerritz, ehemaliger Geschichtslehrer und Kulturpolitiker der SPD in Stadt und Land; Fritz Junkers, Geschichtslehrer und zeit-

weilig ehrenamtlicher Mitarbeiter Aurel Billsteins und Dr. Ingrid Schupetta beschrieb Begegnungen mit Aurel Billstein aus vier Jahrzehnten. Alle hoben seine Zielstrebigkeit und seine Beharrlichkeit hervor. Jeder kannte sein gewisses ironisches Lächeln, dass Dissens anzeigte. Zur Verwunderung des Moderators Franz-Josef Jelich (Forschungsinstitut für Arbeit, Bildung, Qualifikation) konnte das Phänomen Aurel Billstein von dieser Runde nicht erklärt werden. Jeder wußte (oder meinte zu wissen), dass Aurel Billstein bis zu seinem Lebensende 1996 Kommunist war. Keiner konnte sich jedoch erinnern, mit ihm eine politische Kontroverse gehabt zu haben. Selbst die Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Krefeld an einen Kommunisten verlief im Konsensverfahren: wer Einwände gehabt hätte, äußerte sich nicht öffentlich.

■ Zum Abschluss sprach Prof. Dr. Faulenbach. über die Perspektiven der Erinnerungsarbeit. Prof. Faulenbach sieht mit dem allmählichen Ausfall der Zeitzeugen eine Änderung der Perspektiven einhergehen. Eine Historisierung ist unvermeidbar. Während die Forschung weiter an der Erledigung offener Fragen arbeitet, redet man bei Anlässen wie dieser Konferenz nur noch zur Hälfte über die Ereignisse in der Vergangenheit, die andere Hälfte der Zeit widmet man sich bereits der Reflexion über den bisherigen Umgang mit der Geschichte. Der Holocaust als das größte Verbrechen der Deutschen tritt nach den Beobachtungen von Prof. Faulenbach in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Dabei gilt es sich eines Importes des Geschichtsbildes aus den Vereinigten Staaten zu erwehren. Notwendigerweise kommt man dort ohne die Verortung der Geschehnisse aus. In Europa wird jedoch die Betrachtung der Lokalgeschichte in dem Zusammenhang des Judenmordes ihre Bedeutung behalten. Wo sonst ließe sich am konkreten Beispiel zeigen, dass der Nationalsozialismus ein konkretes Geschehen war, dass die Decke der Zivilisation sehr dünn ist und dass sich darunter die Barbarei verbirgt.

Prof. Faulenbach konstatierte, dass die Anfang der 90er Jahre von vielen erwartete grundsätzliche Änderung der Erinnerungskultur durch das Einbringen der ostdeutschen Erfahrung ausgeblieben ist. Sicher müssen die Opfer des Stalinismus berücksichtigt werden. Sie sind jedoch in die Erinnerungskultur als einem wesentlichen Bestandteil der demokratischen Gesellschaft durchaus integrierbar. Das Thema ist die Menschenwürde. In der politischen Bildungsarbeit gilt es ihren Wert zu vermitteln. Die Geschichtsarbeit zum Nationalsozialismus vor Ort wird auch in Zukunft wichtig bleiben, weil die »Volksgemeinschaft« das Gegenbild zu einer die Menschen- und Bürgerrechte respektierenden Gesellschaft ist.

Dr. Ingrid Schupetta ist Archivarin der Stadt Krefeld und leitet die dortige NS-Dokumentationsstätte.

Hinweis

Die Konferenz wurde vollständig auf Tonträger aufgezeichnet. Über die Form einer Dokumentation wird noch entschieden werden.

Veranstaltungshinweise

Bundesweite Gedenkstättenseminare

Flossenbürg, 29. September – 2. Oktober 2002

38. Bundesweites Gedenkstättenseminar

»Sammeln und Bewahren als Grundlage für Dokumentation und Bildung in Gedenkstätten.« (Arbeitstitel) Programmplanung nicht abgeschlossen.

Einladung und Programm im GedenkstättenRundbrief Nr. 107, Juni 2002 oder im Online-Gedenkstättenforum

Veranstalter/Information: Bundeszentrale für politische Bildung, Bayerische Landeszentrale für politische Bildung, KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, Stiftung Topographie des Terrors, Thomas Lutz, Tel: 030/25 45 09-20, E-Mail: lutz@topographie.de

Münster, 22. Mai – 25. Mai 2003

39. Bundesweites Gedenkstättenseminar (noch ohne Titel).

Es wird eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Erinnerungskulturen in den Niederlanden und Deutschland mit Exkursion und Dialog mit den niederländischen Kollegen Thema sein.

Veranstalter/Information: Bundeszentrale für politische Bildung, Villa ten Hompel, Stiftung Topographie des Terrors, Thomas Lutz, Tel: 030/25 45 09-20, E-Mail: lutz@topographie.de.

Volpriehausen (Harz), 25.–28. September 2003

40. Bundesweites Gedenkstättenseminar zum Thema »Verfolgung von Asozialen im Nationalsozialismus« (Arbeitstitel).

Voraussichtlich in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung, KZ Gedenkstätte im Torhaus Moringen, Landeszentrale für politische Bildung Niedersachsen und der Stiftung Topographie des Terrors. Thomas Lutz, Tel: 030/25 45 09-20, E-Mail: lutz@topographie.de.

Da die inhaltlichen Planungen noch ganz am Anfang stehen, werden Anregungen gerne entgegengenommen.

Veranstaltungen der Topographie des Terrors

Berlin, 16. April 2002

Vortrag und Diskussion: »Schuld und Erinnerung: Der Holocaust in der deutschen Gesellschaft und Politik von 1945 bis zur Gegenwart«

Leitung: Prof. Dr. Peter Steinbach (Karlsruhe),

Beginn: 20.00 Uhr

Ort: Akademie der Künste, Hanseatenweg 10, 10557 Berlin

Veranstalter/Information: Stiftung Topographie des Terrors, Budapester Straße 40, 10787 Berlin, Tel: 030/254 50 90, Fax: 030/261 30 02, E-Mail: info@topographie.de, www.topographie.de

Bad Zwischenahn, 15.–17. April 2002

Tagung: »Denn wer kämpft für das Recht, der hat immer Recht!« –

45 Jahre sozialistische Justiz in der SBZ/DDR

Veranstalter/Information: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung,
Michael Spatzker, Tel: 05 11/390 12 70

Braunschweig, 19.–20. April 2002

Tagung: »Wandel – Kontinuität – Bruch: Der Umgang mit der NS-Vergangenheit
in der Nachkriegszeit (1945–1955)«

Veranstalter/Information: Volkshochschule Braunschweig GmbH; Arbeitskreis
Andere Geschichte e.V. Braunschweig, Petritorwall3, 38114 Braunschweig,
Tel: 05 31/189 57, E-Mail: Andere_Geschichte_Braunschweig@t-online.de

Osterode, 26.–28. April 2002

Landesweite Gedenkstätten-tagung: »Widerstand und Verfolgung in Niedersachsen
1933 bis 1945« – Gedenkorte im Harz und ihre historische, politische und pädagogische
Vermittlung

Veranstalter/Information: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung in
Zusammenarbeit mit Arbeitsgemeinschaft Spurensuche in der Südharzregion,
Kreisvolkshochschule Osterode; Heike Petry, Tel: 05 11/39 01-244

Lemberg und Czernowitz, 1.–12. Mai 2002

Studienreise: Lemberg und Czernowitz. »Filialen der großen Welt«

Veranstalter/Information: StattReisen Berlin e.V., Malplaquetstr. 5, 13347 Berlin,
Tel: 030/45 80 39 47, Fax: 030/45 80 00 03, E-Mail: studienreisen@stattreisenberlin.de,
www.StattReisenBerlin.de

Ellrich, 3.–5. Mai 2002

Tagung: »Fremdsein in Ellrich«

Veranstalter/Information: Jugend für Dora e.V. in Zusammenarbeit mit
Schrankenlos e.V. und der Landeszentrale für Politische Bildung in Thüringen
(Anfrage), KZ Gedenkstätte Mittelbau-Dora, 99734 Nordhausen-Krimderode,
Tel: 036 31/49 58-0, E-Mail: Gedenkstaette.Mittelbau-Dora@t-online.de

Breslau, Kreisau, 18.–25. Mai 2002

Studienreise: Schlesien – »Polnische und deutsche Geschichte und Gegenwart«

Veranstalter/Information: StattReisen Berlin e.V., Malplaquetstraße 5, 13347 Berlin,
Tel: 030/45 80 39 47, Fax: 030/45 80 00 03, E-Mail: studienreisen@stattreisenberlin.de,

Kloster Ohrbeck, 22.–24. Mai 2002

Tagung: »Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann.« –

Politische Philosophien neu gelesen, Veranstalter/Information: Niedersächsische
Landeszentrale für politische Bildung, Landeszentrale für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen, Humanistische Union, Horst Lahmann, Tel: 05 11/390 12 72

Berlin, 23.–25. Mai 2002

Konferenz: »Die Gegenwart der Vergangenheit«, –

Die Wende(n) in Ost- und Mitteleuropa und der Umgang mit der Vergangenheit

Veranstalter: Institut für Geschichte und Biographie der Fernuniversität Hagen und Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Information: Institut für Geschichte und Biographie der Fernuniversität Hagen,
Dr. Alexander von Plato, Liebigstraße 11, 58511 Luedenscheid, Tel: 02351/24580,
Fax: 023 51/399 73, E-Mail: alexander.vonplato@fernuni-hagen.de

Hamburg, 24.–26. Mai 2002

Tagung: Die Forderung nach Authentizität in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des Holocaust

Veranstalter/Information: Forschungs- und Arbeitsstelle

»Erziehung nach/über Auschwitz« (FAS), Dr. Matthias Heyl, Postfach 522008,
22598 Hamburg, Tel: 040/43 25 12 80, Fax: 040/43 25 12 82,
E-Mail: info@fasena.de, www.fasena.de

Lohheide, 31. Mai – 1. Juni 2002

Tagung: »Polen in Bergen-Belsen« – Polnische Überlebende des KZ Bergen-Belsen berichten aus ihrer Lebensgeschichte

Veranstalter/Information: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung,
Dr. Thomas Rahe und Arnold Jürgens, Tel: 050 51/47 59-11/-28

Oswiecim/Auschwitz und Krakau, 8.–13. Juni 2002

Seminar: »Projektorientiertes Lernen in Auschwitz-Birkenau: Deutsch-Polnische Begegnung über die Geschichte«

Veranstalter/Information: Internationale Jugendbegegnungsstätte

Oswiecim/Auschwitz, Hartmut Ziesing, ul. Legionow 11, PL – 32-600 Oswiecim,
Tel. 00 48-33/843 21 07, Fax: 00 48-33/843 39 80, E-Mail: ziesing@mdsm.pl

Oswiecim/Auschwitz, 15.–21. September 2002

Seminar: »Auschwitz-Birkenau als Lernort« – Möglichkeiten einer Studienreise nach Oswiecim. (Multiplikatorenveranstaltung)

Veranstalter/Information: Internationale Jugendbegegnungsstätte

Oswiecim/Auschwitz, Hartmut Ziesing, ul. Legionow 11, PL – 32-600 Oswiecim,
Tel. 00 48-33/843 21 07, Fax: 00 48-33/843 39 80, E-Mail: ziesing@mdsm.pl

Wolfenbüttel, 23.–28. September 2002

Konferenz: »Zum Umgang mit den Verbrechen des Nationalsozialismus im deutsch-polnischen Vergleich«

Veranstalter: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung/
Gedenkstätte Bergen-Belsen, Staatliches Museum Auschwitz-Birkenau,
Internationale Jugendbegegnungsstätte Auschwitz

Information: Internationale Jugendbegegnungsstätte Oswiecim/Auschwitz,
Hartmut Ziesing, ul. Legionow 11, PL – 32-600 Oswiecim, Tel. 00 48-33/843 21 07,
Fax: 00 48-33/843 39 80, E-Mail: ziesing@mdsm.pl

Oswiecim/Auschwitz, 3.–9. November 2002

Konferenz: »Die Auseinandersetzung in Auschwitz-Birkenau mit Rechtsextremismus und Gewalt – Chancen und Grenzen der Pädagogik«

Veranstalter/Information: Internationale Jugendbegegnungsstätte

Oswiecim/Auschwitz, Hartmut Ziesing, ul. Legionow 11, PL – 32-600 Oswiecim,
Tel: 00 48-33/843 21 07, Fax: 00 48-33/843 39 80, E-Mail: ziesing@mdsm.pl

Ausstellungen

Berlin, 19. April – 29. September 2002

Ausstellung: »Spandauer Freiheit« – Zwangsarbeit in Berlin 1938–1945

Veranstalter/Ort: Stadtgeschichtliches Museum Spandau/Zitadelle Spandau,
Zeughaus Straße am Juliusturm, 13599 Berlin, Tel: 030/354 94 42 00,
E-Mail: salecker@zitadelle-spandau.info, www.zitadelle-spandau.net

Berlin, 9. Mai – 16. Juni 2002

Ausstellung: »NS-Zwangsarbeit in Treptow-Köpenick«

Veranstalter/Ort: Heimatmuseum Köpenick/Rathaus Köpenick, Alter Markt 1,
12555 Berlin, Tel: 030/65 84 33 51, Fax: 030/65 84 33 52,
E-Mail: info@heimatmuseum-koepenick.de, www.heimatmuseum-koepenick.de

Berlin, 9. Mai – 7. Juli 2002

Ausstellung: »Entschädigt – und nun?« – Zwangsarbeit in Berlin 1938–1945

Veranstalter/Ort: Schöneberg Museum/Jugendmuseum, Hauptstraße 40/42,
10827 Berlin, Tel: 030/75 60 61 63

Berlin, 1. September 2002 – 30. März 2003

Ausstellung: »...hier in Hohenschönhausen. Ausländische Zwangsarbeit 1939 bis 1945«

Veranstalter Ort: Heimatmuseum Hohenschönhausen, Lindenweg 7, 13053 Berlin,
Tel: 030/982 73 78, Fax: 030/982 73 79

Einzelveranstaltungen

Hamburg, 14. April 2002

Die »Aktion Bernadotte« und das Skandinavierlager im KZ Neuengamme –
Ein Rundgang mit Ulrike Jensen

Beginn: 14.00 Uhr

Veranstalter/Ort: KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Ausstellungsgebäude,
Jean-Dolidier-Weg, 21039 Hamburg, Tel: 040/723 18 44

Chemnitz, 16. April 2002

»NS-Zwangsarbeit in Sachsen« – Wissenschaftliches Kolloquium, Beginn: 10.00 Uhr

Veranstalter/Ort: Sächsische Archivverwaltung /Sächsische Landeszentrale für
politische Bildung, Straße der Nationen 25, 09111 Chemnitz

Information: Sächsisches Staatsministerium des Innern, Referat 44, Herr Dr. Ludwig,
01095 Dresden, Fax: 03 51/564 34 09, E-Mail: joerg.ludwig@smi.sachsen.de,
www.sachsen.de/archiv

Hamburg, 18. April 2002

»Die Cap Arcona war mein Schicksal«. – Zeitzeugengespräch mit Filmausschnitten

Beginn: 19.00 Uhr

Veranstalter/Ort: KZ-Gedenkstätte Neuengamme/Gedenkstätte Bullenhuser Damm,
Bullenhuser Damm 92, 20359 Hamburg

Guxhagen, 18. April 2002

Praxisbericht: »Faustlos« – Anti-Gewalt-Projekt für Grundschulen

Referentin: Ulrike Flachs (Heidelberg)

Beginn: 19.30 Uhr

Veranstalter/Ort: Gedenkstätte Breitenau, Brückenstraße 12, 34302 Guxhagen,
Tel: 056 65/35 33, Fax: 056 65/17 27, E-Mail: www.gedenkstaette-breitenau@t-online.de

Hannover, 18. April 2002

»Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage« – Tagung

Veranstalter/Information: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung in
Zusammenarbeit mit Kulturzentrum Pavillon, Marianne Winkler, Tel: 05 11/390 12 79

Guxhagen, 25. April 2002

»Denn Du trägst meinen Namen – Das schwere Erbe der prominenten Nazi-Kinder«

Beginn: 19.30 Uhr

Referent: Stephan Lebert (Berlin)

Veranstalter: Gedenkstätte Breitenau, Brückenstraße 12, 34302 Guxhagen,
Tel: 056 65/35 33, Fax: 056 65/17 27, E-Mail: www.gedenkstaette-breitenau@t-online.de

Guxhagen, 23. Mai 2002

»Versprich mir, dass du am Leben bleibst« – Ein jüdisches Schicksal

Lesung von Isaak Behar (Berlin)

Beginn: 19.30 Uhr

Veranstalter: Gedenkstätte Breitenau, Brückenstr. 12, 34302 Guxhagen,
Tel: 056 65/35 33, Fax: 056 65/17 27, E-Mail: www.gedenkstaette-breitenau@t-online.de

Redaktionsschluss
für Veranstaltungshinweise im Gedenkstättenrundbrief 107/2002 ist der 27. Mai 2002. Hinweise werden berücksichtigt, sofern aus Platzgründen möglich.

Veranstaltungshinweise werden auch auf den Seiten des Online-GedenkstättenForums veröffentlicht. Dort können Institutionen ihre eigenen Veranstaltungshinweise selbständig und damit möglichst frühzeitig eintragen: www.gedenkstaettenforum.de

Unverzichtbar

25. BAND VON »JUSTIZ UND NS-VERBRECHEN«

Heiner Lichtenstein

Es war am 23. Januar 1967 in München. Ein eisiger Nordwind fegte durch die Innenstadt. Vor dem pompösen Justizpalast am Karlsplatz herrschte schon morgens um acht beängstigendes Gedränge. Journalisten bestimmten das Straßenbild. Man erkannte sie an ihren Kameras, ihren Fotoapparaten, ihren Ausrüstungen insgesamt. Viele schienen sich zu kennen. Das waren Niederländer. Fast jede holländische Zeitung, jede Presseagentur, jeder TV- und viele Hörfunksender waren vertreten. Sie wollten beim wohl letzten Strafverfahren wegen des Holocaust in den Niederlanden dabei sein. Angeklagt waren der ehemalige Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in den Niederlanden, SS-Brigadeführer (Generalmajor) Dr. Wilhelm Harster, der Leiter des Judenreferats, Wilhelm Zoepf, und die SS-Angestellte Gertrud Slottke. Es ging um die Deportation und Ermordung von 110 000 der 140 000 niederländischen Juden. Die Hauptverhandlung gehörte zu den kürzesten und eindrucksvollsten in der langen Geschichte der NS-Prozesse. Nach nur elf Sitzungstagen ergingen die Urteile. Harster 15 Jahre Zuchthaus, Zoepf neun Jahre, Slottke fünf Jahre. Am Tage der Urteilsverkündung hatte der Nebenkläger Prof. Dr. Robert Kempner Nonnen gebeten mitzukommen. Schließlich hatte zu den Opfern auch die zum Katholizismus konvertierte Jüdin Edith Stein gehört. Kurz bevor die Schwurgerichtskammer den Sitzungssaal betrat, wurde es damals plötzlich totenstill. Die Nonnen knieten und beteten. Kempner, im Umgang mit Medien perfekt, hatte das erfolgreich organisiert. Die wichtigsten Nachrichtensendungen in den Niederlanden und der Bundesrepublik waren ihm damit ebenso sicher wie die Titelseiten der großen Zeitungen.

Die persönlichen Eindrücke stehen selbstverständlich in dem 25. Band der Reiche »Justiz und NS-Verbrechen«, betreut und herausgegeben von den Amsterdamer Juristen Prof. C. F. Rüter und Dr. D. W. De Mildt. Aber das vollständige Urteil und damit die Geschichte der Judenverfolgung in den Niederlanden sind vollständig abgedruckt – auf fast 250 Seiten. Diese meisterhafte Geschichtsschreibung hat ihres Gleichen nirgendwo auf der Erde, schon gar nicht in Japan, das noch nicht einmal damit begonnen hat, seine mörderische Vergangenheit anzupacken. Aus deutscher Sicht sollte es unvermindert nachdenklich machen, dass es einer ausländischen Initiative bedurfte, dieses Stück deutscher Zeitgeschichte zu dokumentieren. Mitte der 60er Jahre freilich, als das Projekt nach und nach Gestalt annahm, unterstützte es die Bundesregierung zumindest finanziell. Förderer war damals vor allem Horst Ehmke, zuerst als Justiz-Staatssekretär, später als Bundesjustizminister.

Der 25. Band hat länger auf sich warten lassen als geplant. Die Verantwortung dafür tragen aber weder Rüter noch die sieben Mitglieder der Redaktion, unter ihnen Oberstaatsanwalt a. D. Willi Dressen, der lange und erfolgreich Ludwigsburger Zentrale Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen geleitet hat und vor einiger Zeit in Pension gegangen ist. Die Verspätung liegt am offensichtlich unzuverlässigen Verlang »Holland University Press«. An seiner Stelle ist der Verlag der Universität Amsterdam »Amsterdam

University Press« (AUP) getreten, wobei die Kooperation mit dem bewährten Münchener K. G. Saur Verlag bestehen bleibt. Der Band dokumentiert auf mehr als 700 Seiten alle rechtskräftigen Landgerichtsurteile der Zeit zwischen Dezember 1966 und April 1967. Zu ihnen gehören neben dem Münchner Prozess u.a. die beiden Urteile des Landgerichts Hagen wegen Massenverbrechen im Vernichtungslager Hagen. Im zweiten Sobibor-Verfahren, das auch nach dem Naben des Hauptangeklagten »Frenzel-Prozess« genannt wurde, erhielten fünf Beschuldigte Zuchthausstrafen, die später in normale Freiheitsstrafen umgewandelt wurden, weil mittlerweile Zuchthausstrafen abgeschafft worden waren. Mit der Veröffentlichung dieses Urteils wird die nicht gerade umfangreiche Literatur über Sobibor, das nur ganz wenige Häftlinge überlebt haben, zuverlässig erweitert. Das ist auch deshalb wichtig, weil die Hauptverhandlung in Hagen nur wenig öffentliche Resonanz gefunden hat und von den Medien kaum beachtet worden ist.

Ein Urteil des Landgerichts Essen vom 22. Dezember 1966 ist insofern interessant, als es die Massenmorde unmittelbar nach dem Überfall auf die UdSSR im Sommer, Herbst und Winter 1941 betrifft. Die Mörder folgten der 9. Armee und wüteten u.a. in Witebsk, Minsk und Wilejka unter der jüdischen Bevölkerung und »partisanenverdächtigen« Frauen und Männern. Dass im Inhaltsverzeichnis das verniedlichende Wort »Russensfeldzug« benutzt wird, sollte nicht den Bearbeitern vorgeworfen werden. Viele deutsche Juristen haben gedankenlos diesen Nazibegriff verwendet, mit dem der Schrecken des Krieges heruntergeredet werden sollte. Polen-, Frankreich-, Afrika- und andere »Feldzüge« waren Kriege und der »Russlandfeldzug« gewiss der schrecklichste.

Anfang 1967 musste sich das Landgericht Detmold mit Morden beschäftigen, die als Geburtstagsgeschenk für Hitler im März 1942 in der UdSSR begangen worden sind. Der Mörder, ein Polizeihauptmeister, wurde mit sechs einhalb Jahren Zuchthaus bestraft. Auch dieses Urteil ist nun dokumentiert.

Band 25 enthält wieder die Rangtafeln der wichtigsten NS-Organisationen von der Wehrmacht über Polizei, SS, Waffen-SS und Arbeitsdienst bis zur Hitlerjugend und dem »Bund Deutscher Mädel« (BDM). Weil die umfangreichen, auf bestem Papier gedruckten und sorgfältig in rotes Leinen gebundenen Bände nicht billig sein können, ist es ausgesprochen benutzerfreundlich, sie im Computer anklicken zu können – unter www.jur.uva.nl/junsv. Die Webseite ist sehenswert wie die Reihe insgesamt. Rüter und seinen Helfern gebührt erneut Anerkennung. Ihre Dokumentation, deren 26. Band hoffentlich bald folgt, brachen alle, die über die Verbrechen der Nazis forschen.

Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland

REZENSION

Karin Olfermann

KZ-Gedenkstätten werden zunehmend zu historischen Orten, die sich gegenüber anderen Erinnerungsformen als besondere Lern-, Aufklärungs- und Gedenkort präsentieren. Es ist in vielen KZ-Gedenkstätten mittlerweile Gang und Gebe, sich neben der musealen Darstellungsweise der Vergangenheit auch medial mit der nationalsozialistischen Verfolgungsgeschichte auseinanderzusetzen. An verschiedenen Beispielen wird in diesem Band gezeigt, auf welcher unterschiedlichen Art und Weise sich die Gedenkstätten mit ihrer Vergangenheit befassen. Die Arbeit mit jungen Menschen an diversen Projekten spielt hierbei eine wichtige Rolle. So erscheint in diesem Band unter anderem ein Beitrag über Arbeitsgruppen in Bergen-Belsen, die sich mit der Geschichte des KZs auseinandergesetzt haben. Berichte über Wanderausstellungen, der Einsatz neuer Medien, sowie die Präsenz im Internet gehören in diesem Heft ebenfalls zum breiten Spektrum der Präsentationsmöglichkeiten.

Die von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme herausgegebene Zeitschrift versteht sich als ein Mitteilungsorgan für Historikerinnen und Historiker: Projekt-, Tagungs- und Veranstaltungsberichte geben einen Überblick über derzeit laufende Forschungen, Buchbesprechungen informieren über Neuerscheinungen und eine Bibliographie stellt Hinweise, speziell auch auf kleinere Publikationen und sogenannte »graue Literatur«, zur Verfügung. Um Mitarbeiter der außerschulischen Bildungsarbeit zu unterstützen, veröffentlicht die Zeitschrift außerdem für den Unterricht didaktisch geeignete Materialien.

Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, 200 S., 28 sw-Abb., Pb. 24 x 17 cm, 10,90 Euro, 19,90 sFr, ISBN 3-86108-766-9

Das Massaker von Gardelegen

EIN FILM VON CLAUS-IVAR BOLBRINKER
UND DIANA GRING

Claus Ivar Bolbrinker

Gardelegen ist eine idyllische kleine Stadt in der Altmark, nordwestlich von Magdeburg. Etwas ausserhalb auf einer Anhöhe findet man die Überreste einer Scheune und ein Gräberfeld mit 1016 Kreuzen. Am 13. April 1945 wurden hier evakuierte Häftlinge aus den Konzentrationslagern Mittelbau-Dora und Hannover-Stöcken bei lebendigem Leibe verbrannt. Nur einen Tag später wurde die Stadt von US-Truppen befreit. Der amerikanische Befehlshaber ordnete an, daß die Einwohner von Gardelegen die Opfer in Einzelgräber bestatten sollte.

Zu den wenigen Überlebenden der Todesmärsche und des Massakers gehören vier französische Widerstandskämpfer. Amaro, südfranzösischer Weinbauer, hat als Anarchist schon im Spanischen Bürgerkrieg gekämpft. Lucien feiert zweimal im Jahr Geburtstag und organisiert Fotoausstellungen über Gedenkstätten. Aime schrieb über seine KZ-Haft ein Buch, studierte Theologie und wurde Pastor. George hat bisher fast noch nie darüber gesprochen, wie er unter Leichen versteckt mehrere Tage lang auf Rettung wartete.

Ihren eigenen Weg, mit dem Geschehenen umzugehen, haben auch die Gardelegener finden müssen. Als Zuschauer der Todesmärsche, die an ihren Häusern vorbeizogen, als Nachbarn von Tätern oder weil sie als Jugendliche gezwungen wurden, an der Exhumierung der Massengräber teilzunehmen. Der Haupttäter des Massakers, NSDAP-Kreisleiter Gerhard Thiele, konnte fliehen und lebte bis zu seinem Tod 1994 unerkannt unter falschem Namen in der Bundesrepublik. Nach langen Ermittlungen konnte ein Kriminalbeamter seine Identität schliesslich aufdecken.

Durch die Schilderung aus den verschiedenen Erlebnisperspektiven ist eine atmosphärisch dichte Rekonstruktion der Ereignisse in Gardelegen 1945 entstanden. Und ein Kaleidoskop der verschiedenen Mechanismen, mit denen alle Beteiligten sich bis heute auf der Suche nach einer Wahrheit und einer Erklärung für etwas Unfassbares befinden.

*Bezugsadresse: Bolbrinker-Gring Filmproduktion,
Volzendorf 12, 29485 Lebgow, Tel: 058 83/376, Fax: 058 83/376*

Literaturhinweise

Adams, Myrah: Die Würde des Menschen ist unantastbar: das KZ Oberer Kuhberg in Ulm, 1933–1935. Hrsg. Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm – KZ Gedenkstätte. Ulm: DZOK-Manuskripte, 2002. 63 S.: Ill. ISBN 3-9805396-5-2

Auschwitz: sechs Essays zu Geschehen und Vergegenwärtigung/hrsg. von Klaus-Dietmar Henke. Dresden, 2001. 81 S. (Berichte und Studien; Nr. 32) ISBN 3-931648-35-4

Benshalom, Rafi: We struggled for life: the Hungarian Zionist youth resistance during the Nazi era. Jerusalem [u.a.]: Gefen, 2001. 216 S.: Ill. ISBN 965-229-234-4

Beschweigen und Bekennen: die deutsche Nachkriegsgesellschaft und der Holocaust/Herausgegeben von Norbert Frei und Sybille Steinbacher. Göttingen: Wallstein, 2001. 168 S. (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte; 1) ISBN 3-89244-493-5

Biermann, Enrique: Fern und Fremd: die Deutschen Emigranten in Kolumbien 1939–1945. Essen: Die Blaue Eule, 2001. 206 S. (Historie in der Blauen Eule; 10) ISBN 3-89206-078-9

Bohmeyer, Axel: Schwierigkeiten mit Verantwortung und Schuld: Kirchen und Nationalsozialismus; Materialien und Vorschläge zur pädagogischen Arbeit. Frankfurt a.M.: Fritz Bauer Institut, 2001. 74 S.: Ill. (Pädagogische Materialien; Nr. 7) ISBN 3-932883-14-4

Boll, Friedhelm: Sprechen als Last und Befreiung: Holocaust-Überlebende und politisch Verfolgte zweier Diktaturen; ein Beitrag zur deutsch-deutschen Erinnerungskultur, Bonn: Dietz, 2001. 456 S. (Veröffentlichungen des Instituts für Sozialgeschichte e.V., Braunschweig, Bonn) ISBN 3-8012-4123-8

Borgersrud, Lars: Die Wollweber-Organisation und Norwegen. Berlin: Dietz, 2001. 311 S.: Ill. ISBN 3-320-01993-7

Breuer, Stefan: Ordnungen der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871–1945. Darmstadt: Wiss. Buchges., 2001. 424 S. ISBN 3-534-15575-0

Caron, Vicki: Uneasy asylum: France and the Jewish refugee crisis, 1933–1942. Stanford, Calif.: Stanford Univ. Press, 1999. XI, 605 S. (Stanford studies in Jewish history and culture) ISBN 0-8047-4377-0

Chaumont, Jean- Michel: Die Konkurrenz der Opfer: Genozid, Identität, Anerkennung. Lüneburg: zu Klampen, 2001. 359 S. ISBN 3-934920-05-5

Delacor, Regina M.: Attentate und Repressionen: ausgewählte Dokumente zur zyklischen Eskalation des NS-Terrors im besetzten Frankreich 1941/42. Stuttgart: Thorbecke, 2000. 357 S. (Instrumenta; 4) ISBN 3-7995-7268-6

Denunziation im 20. Jahrhundert: zwischen Komparatistik und Interdisziplinarität/Ed.s Inge Marszolek, Olaf Stieglitz. Köln: Zentrum für Historische Sozialforschung, 2001. 295 S. Historical Social Research: Sonderheft; Vol. 26(2001)2/3 Paralleltitel: Denunciation in the 20th century: between comaratistic and interdisciplinarity

Dietzsch, Martin: Ein »jüdischer David Irving«?: Norman G. Finkelstein im Diskurs der Rechten – Erinnerungsabwehr und Antizionismus. Duisburg: DISS, 2001. 110 S.: zahlr. Ill. ISBN 3-927388-76-9

Diktaturdurchsetzung: Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955/hrsg. von Andreas Hilger, Dresden, 2001. 190 S. (Berichte und Studien; Nr. 35) ISBN 3-931648-38-9

Eggers, Christian: Unerwünschte Ausländer: Juden aus Deutschland und Mitteleuropa in französischen Internierungslagern 1940–1942. Berlin: Metropol, 2002. 566 S. (Reihe Dokumente, Texte, Materialien/ Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin; 42) Hochschulschrift: Berlin, FU, Diss. u.d.T.: Im Vorzimmer zu Auschwitz, 1993 ISBN 3-932482-62-X

Erinnerungsorte aus Beton: Bunker in Städten und Landschaften/Silke Wenk [Hrsg.]. Berlin: Links, 2001. 263 S.: Ill. Kongr.: Bunker in Städten und Landschaften; Oldenburg: September 1999 ISBN 3-86153-254-9

Feldmann, Gerald D.: Die Allianz und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933–1945. München: Beck, 2001. 731 S.: Ill. ISBN 3-406-48255-4

Frei, Norbert: Karrieren im Zwielicht: Hitlers Eliten nach 1945. Frankfurt/Main; New York: Campus, 2001. 364 S.: Ill. ISBN 3-593-36790-4

Gedenken im Zwiespalt: Konfliktlinien europäischen Erinnerns/hrsg. von Alexandre Escudier...– Göttingen: Wallstein, 2001. 166 S.: Ill. (Genshagener Gespräche; Bd. IV) ISBN 3-89244-425-0

Geiger, Peter: Krisenzeit: Liechtenstein in den Dreissigerjahren 1928–1939. 2., durchges. Aufl. Triesen; Vaduz: Historischer Verein für das Fürstentum Liechtenstein, 2000. ISBN 3-906393-28-3. 2 Bände

Goggin, James E.: Death of a »Jewish science«: psychoanalysis in the Third Reich. West Lafayette, Ind.: Purdue Univ. Press, 2001. XVI, 242 S. ISBN 1-55753-193-5

Good and evil after Auschwitz: ethical implications for today/ed. by Jack Bemporad, John T. Pawlikowski, and Joseph Sievers. Hoboken, NJ: Ktav Publ. House, 2000. XXIII, 330 S., ISBN 0-88125-692-7

Guttenplan, D. D.: Der Holocaust-Prozess: die Hintergründe der »Auschwitz-Lüge«. München: Goldmann, 2001. 430 S. ISBN 3-442-15123-6

Haag, Lilo: Berufsbiographische Erinnerungen von Fürsorgerinnen an die Zeit des Nationalsozialismus. Freiburg/Brsq.: Lambertus, 2000. 358 S. ISBN 3-7841-1154-8

Hausleitner, Mariana: Die Rumänisierung der Bukowina: die Durchsetzung des nationalstaatlichen Anspruchs Grossrumäniens 1918–1944. München: Oldenbourg, 2001. 498 S. (Südposteuropäische Arbeiten) Hochschulschrift: Berlin, FU, Habil., 1999. ISBN 3-486-56585-0

Holocaust. Der nationalsozialistische Völkermord und die Motive seiner Erinnerung/Herausgegeben von Burkhard Asmuss im Auftrag des Deutschen Historischen Museum. Berlin, 2002. 359 S.: zahlr. Ill. ISBN 3-86102-119-6

Index to The New York Times Articles on the Holocaust 1933–1948/Compiled by Lee Potasinski. With the assistance of Ellen Alexander... – New York: Queensborough Community College, 2001. 125 S.

Das Jüdische Museum Berlin: eine Radio-Schwerpunktwoche zur Eröffnung; Klassik Plus!! Dokumentation/Moderation: Andreas Knaesche. Redaktion: Gisela Lerch. Berlin: Masch.-Skript, 2001. 69 S. Radio-Schwerpunktwoche: 10.–14. September 2001

Jusqu'au bout de la Resistance/Bernard Fillaire [Hrsg.]; Fédération nationale des déportés et internés de la Résistance. Paris: Stock, 1997. 515 S.: Ill. ISBN 2-234-04734-x

Keizer, Madelon de: Razzia in Putten: Verbrechen der Wehrmacht in einem niederländischen Dorf. Köln: Dittrich, 2001. 470 S.: Ill. ISBN 3-920862-35-X

Körner, Klaus: »Der Antrag ist abzulehnen«: 14 Vorwände gegen die Entschädigung von Zwangsarbeitern; eine deutsche Skandalgeschichte 1945–2000. Hamburg: Konkret Literatur, 2001. 144 S. ISBN 3-89458-205-7

Kolb, Eberhard: Bergen-Belsen: vom »Aufenthalts-lager« zum Konzentrationslager 1943–1945. 6. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2002. 174 S.: Ill. (Bergen-Belsen Schriften; Bd. 2) ISBN 3-525-36264-1

Krauss, Marita: Heimkehr in ein fremdes Land: Geschichte der Remigration nach 1945. München: Beck, 2001. 196 S.: Ill. ISBN 3-406-47562-0

Kuhn, Dieter: Der Zweite Weltkrieg in China. Berlin: Duncker & Humblot, 1999. 385 S.: zahlr. Kt. ISBN 3-428-09731-9

Kusenbergh, Dieter: Lucian (Lutz) Damianus Wysocki: der ungesühnte Aufstieg vom Polizeipräsidenten zum SS-General im Osten. Oberhausen: Laufen, 1999. 171 S. (Schriftenreihe der Gedenkhalle Schloß Oberhausen; 2) ISBN 3-87468-163-7

Landschaften der Erinnerung: Flucht und Vertreibung aus deutscher, polnischer und tschechischer Sicht/Elke Mehnert [Hrsg.]. Frankfurt/Main u.a.: Lang, 2001. 464 S. (Studien zur Reiseliteratur- und Imagologieforschung; 5) ISBN 3-631-35735-4

Loacker, Armin: Anschluß im 3/4-Takt: Filmproduktion und Filmpolitik in Österreich 1930–1938. Trier: WVT, 1999. 321 S.: Ill. (Filmgeschichte International; 5) ISBN 3-88476-312-1

Lohalm, Uwe: ...anständig und aufopferungsbereit: Öffentlicher Dienst und Nationalsozialismus in Hamburg 1933 bis 1945. Hamburg: Ergebnisse, 2001. 101 S. ISBN 3-87916-060-0

Loth, Wilfried: Die Stalin-Note vom 10. März 1952: neue Quellen und Analysen. München: Oldenbourg, 2002. 212 S. (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte; Bd. 84) ISBN 3-486-64584-6

Meyhoff, Andreas: Blohm & Voss im »Dritten Reich«: eine Hamburger Großwerft zwischen Geschäft und Politik. Hamburg: Christians, 2001. 605 S.: Ill. (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; 38) Hochschulschrift: Hamburg, Univ., Diss., 2000 ISBN 3-7672-1388-5

Mitschke-Buchholz, Gudrun: Gedenkbuch für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Detmold. Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte, 2001. 183 S.: zahlr. Ill. (Panu Derech Bereitet den Weg; 19) (Quellen zur Regionalgeschichte; 7) ISBN 3-89534-399-4

Müller, Markus: Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei 1928-1933. Düsseldorf: Droste, 2001. 578 S. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; 129) ISBN 3-7700-5235-8

Naarmann, Margit: Ein Auge gen Zion...: das jüdische Umschulungs- und Einsatzlager am Grünen Weg in Paderborn 1939-1943. Köln: SH-Verlag, 2000. 184 S.: Ill. (Paderborner Beiträge zur Geschichte; 10) ISBN 3-89498-087-7

Nordblom, Pia: Für Glaube und Volkstum: die katholische Wochenzeitung »Der Deutsche in Polen« (1934–1939) in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Paderborn: Schöningh, 2000. 758 S. (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen; 87) Hochschulschrift: Heidelberg, Univ., Diss., 1995 ISBN 3-506-79992-4

Pickhan, Gertrud: Gegen den Strom: der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund »Bund« in Polen 1918–1939. Stuttgart; München: DVA, 2001. 445 S. (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts Leipzig; 1) Hochschulschrift: Hamburg, Univ., Habil., 1999 ISBN 3-421-05477-0

Polak, Jaap: Steal a pencil for me: love letters from camp Bergen-Belsen, Westerbork. Second printing Scarsdale, NY: Lion Books, 2001. XIII, 226 S.: Ill. ISBN 0-87460-395-1

Pulzer, Peter: Fog in channel: Anglo-German perspectives in the nineteenth century. London: German Historical Institute, 2000. 37 S. (The annual lecture; 2000) I SBN 0-9533570-4-X

Reiß, Matthias: »Die Schwarzen waren unsere Freunde«: deutsche Kriegsgefangene in der amerikanischen Gesellschaft 1942–1946. Paderborn [u.a.]: Schöningh, 2002. 371 S. (Krieg in der Geschichte (KRiG); 11) Hochschulschrift: Hamburg, Univ. Diss. ISBN 3-506-74479-8

Richter, Gunnar: Die Geheime Staatspolizeistelle Kassel 1933–1945. In: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte; 106(2001), S.229–270

Rodegast, Günter: Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge: kurmärkische Zellwolle und Zellulose AG; aus der Geschichte eines Wittenberger Phrix-Werkes. Wittenberge: Prignitzer Heimatverein Wittenberge, 2000. 57 S.: Ill.

Roschke, Carsten: Der umworbene »Urfeind«: Polen in der nationalsozialistischen Propaganda 1934–1939. Marburg: Tectum, 2000. 512 S. Hochschulschrift: Giessen, Univ., Diss., 2000 ISBN 3-8288-8180-7

Roseman, Mark: Die Wannsee-Konferenz: wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte. München; Berlin: Propyläen, 2002. 221 S. enth. ein Faksimile des Besprechungsprotokolls ISBN 3-549-07150-7

Salzborn, Samuel: Heimatrecht und Volkstumskampf: außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung. Hannover: Offizin, 2001. 304 S. ISBN 3-930345-28-5

Sauer, Paul: Wilhelm Murr: Hitlers Statthalter in Württemberg. Tübingen: Silberburg-Verlag, 2000. 176 S.: zahlr. Ill. ISBN 3-87407-282-7

Schenk, Dieter: Auf dem rechten Auge blind: die braunen Wurzeln des BKA. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2001. 372 S. ISBN 3-462-03034-5

Schütt, Karl H.: Ein vergessenes Lager? (IV): über das Außenlager Neustadt-Glewe des Frauen-KZ Ravensbrück. Pampow: Selbstverl., 2002.

Schulle, Diana: Das Reichssippenamt: eine Institution nationalsozialistischer Rassenpolitik. Berlin: Logos, 2001. 416 S. Hochschulschrift: Greifswald, Univ., Diss., 1999 ISBN 3-89722-672-3

Stolperstein der Geschichte: die Ruine des Kieler U-Bootbunkers als Mahnmal und Herausforderung; Kunst, Geschichte, Meinungsstreit/eine Publ. des Vereins Mahnmal Kilian e. V. anlässlich der gleichnamigen Ausst. des Vereins und der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek. Hrsg.: Jens Röhnau. Kiel, 1997. 264 S.: Ill. ISBN 3-930563-14-2

Tätigkeitsbericht 1999/2000/hrsg. von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft. Dresden: Stiftung Sächsische Gedenkstätten, 2001. 84 S.: Ill.

Terror ohne System: die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus 1933–1935/Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.). Berlin: Metropolis, 2001. 310 S. (Geschichte der Konzentrationslager 1933–1945; 1) ISBN 3-932482-61-1

Thalhofer, Elisabeth: Das Polizeilager Neue Bremm in Saarbrücken 1943–44: Versuch einer Rekonstruktion von »Täterprofilen«. Kleinblittersdorf: Masch.-Skript., 2001. 156 S.: Ill. Hochschulschrift: Saarbrücken, Univ., Wiss. Arb., 2001

Tichy, Christiane: Deutsche evangelische Auslandsgemeinden in Frankreich 1918–1944. Stuttgart: Kohlhammer, 2000. 275 S. (Konfession und Gesellschaft; 17) Hochschulschrift: Freiburg/Brsg., Univ., Diss., 1996 ISBN 3-17-015578-4

Verbrechen der Wehrmacht: Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944; Ausstellungskatalog/ Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.). Hamburg: Hamburger Edition, 2002. 748 S.: Ill. ISBN 3-930908-74-3

Versklavt und fast vergessen: Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Lichtenberg 1939–1945/Bezirksamt Lichtenberg von Berlin. Berlin: trafo, 2001. 268 S.: zahlr. Ill. ISBN 3-89626-261-0

Vertriebene Eliten: Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert; Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1999/hrsg. von Günther Schulz. München: Oldenbourg, 2001. 292 S. (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit; Bd. 24) ISBN 3-486-56577-X

Verzeichnis der Nachweise für NS-Zwangsarbeiter(innen) bei Archiven und anderen Institutionen in Deutschland/Bearbeitet von Gerhard Jochem. Köln: Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte, 2000. 92 S. (Schriftenreihe zur NS-Verfolgung; 3)

Weißleder, Wolfgang: Der gute Ort: jüdische Friedhöfe im Land Brandenburg. Verein zur

Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam. Potsdam, 2002. 131 S.: zahlr. Ill. ISBN 3-9806603-0-3

Werner, Uwe: Anthroposophen in der Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945). München: Oldenbourg, 1999. XII, 473 S. ISBN 3-486-56362-9

Wistrich, Robert S.: Hitler and the Holocaust. New York: The Modern Library, 2001. XVIII, 295 S. (Modern Library chronicles) ISBN 0-679-64222-6

Wolgast, Eike: Die Wahrnehmung des Dritten Reiches in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945/46). Heidelberg: Winter, 2001. 360 S. (Schriften der Philosophisch-historischen Klasse der Heidelberger Akademie der Wissenschaften; 22) ISBN 3-8253-1209-7

Zibell, Stephanie: Jakob Sprenger (1884–1945: NS-Gauleiter und Reichsstatthalter in Hessen. Darmstadt; Magdeburg: Selbstverl. der Hessischen Historischen Kommission Darmstadt und der Historischen Kommission für Hessen, 1999. 466 S.: Ill. (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte; 121) ISBN 3-88443-073-4